

A 1: Gemeinsam mehr- unser Weg in die solidarische Moderne

Einleitung: Gemeinsam verändern, gemeinsam gestalten

„[...] gekommen, um zu bleiben.“ (Wir sind Helden)

Dieses Bezirksarbeitsprogramm ist die **Grundlage der Arbeit** der Jusos in der Region Braunschweig. Es kann nur von den Arbeitsgemeinschaften, den Unterbezirken und der Bezirksebene gemeinsam umgesetzt werden, wenn alle Gliederungen sich an der Umsetzung beteiligen und sich über die gemeinsame Arbeit austauschen.

Unser Bezirksarbeitsprogramm, das von interessierten Genossinnen und Genossen durch eine Arbeitsgruppe erstellt wurde, ist in mehrere Abschnitte unterteilt. Das erste Kapitel analysiert, wie wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten unsere Gesellschaft erleben. Hierbei legen wir als politischer Jugendverband den Schwerpunkt auf **die Ungerechtigkeiten und Probleme, die junge Menschen** (alltäglich) in Schule, Beruf, Studium, Arbeit, Umwelt und in ihrer Freizeit erleben. Deshalb greift es die Themen Arbeit, Bildung, Gesellschaft, Kommune, Netzpolitik, Internationales, fehlende gesellschaftliche Teilhabe, den Abbau des Sozialstaats und Rechtsextremismus auf.

Das zweite Kapitel fasst **unsere Grundüberzeugungen als linker Jugendverband**, der sich an den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen orientiert, zusammen. Es orientiert sich dabei an den Grundwerten des demokratischen Sozialismus und an den Inhalten, die wir erforderlich sehen, um unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten.

Die Kapitel drei und vier legen die **gemeinsame Arbeitsweise von Arbeitsgemeinschaften, Unterbezirken und der Bezirksebene fest**. Hier werden die Ziele der Bezirksvorstandssitzungen, unsere Seminare, die Kommunikation der Gliederungen miteinander, unser Austausch mit Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern sowie unsere weitere Bildungsarbeit festlegt.

Wir beschließen dieses Bezirksarbeitsprogramm mit der festen Überzeugung, dass eine bessere und gerechtere Gesellschaft möglich ist und wir gemeinsam für diese kämpfen. Wir Jusos geben uns nicht mit dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand zufrieden, sondern wollen unsere Gesellschaft verändern. Dazu entwickeln wir **Ideen und Konzepte**, die wir mit gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern sowie der SPD diskutieren. Für diese inhaltliche Arbeit sind **unsere Bezirksprojekte** zuständig, die allen Jusos offen stehen. Die **Ziele und inhaltlichen Vorhaben** unserer Projekte skizziert das vierte Kapitel.

Die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte 2011/2012 ergeben sich auch aus unserem Blick auf die Gesellschaft. Dabei hat sich neben klassischen Juso-Themen wie beispielsweise die Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum die Fragestellung, wie mehr gesellschaftliche Teilhabe geschaffen werden kann, herauskristallisiert. Alle Projekte arbeiten im Rahmen ihrer inhaltlichen Schwerpunkte an der Frage, **wie gemeinsam mehr für alle möglich** ist und eine **sozialdemokratische Alternative zum neoliberalen Mainstream** entwickelt werden kann. Dieses Gegenmodell, welches wir nach und nach entwickeln wollen, bezeichnen wir als **solidarische Moderne**.

Ausweitung atypischer Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt

„Arbeit besitzt einen Doppelcharakter. Zum einen ist sie lohnabhängige Erwerbsarbeit [...]. Zum anderen ist sie die Tätigkeit, [...] durch welche sich die Menschen [...] selbst verwirklichen können.“
(Jusos: Für eine Linke der Zukunft- Thesen zur jungsozialistischer Politik)

Die momentane Situation auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland ist als sehr kritisch zu beurteilen. Seit Beginn 2011 wurden laut Statistischem Bundesamt mehrere 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, doch wird verschwiegen, dass dies vor allem durch einen großflächigen Einsatz von Leih- und Kurzarbeit erreicht wurde.

So wurden zwar Arbeitsplätze gesichert, aber zu prekären Arbeitsverhältnissen und zu sehr geringem Lohn. Laut Statistische Bundesamt seien 40,9 Millionen Erwerbstätige Ende 2010 in Deutschland beschäftigt, allerdings seien immer noch rund 4,9 Millionen von ihnen in Minijobs tätig und würden Aufstockungen vom Staat in Anspruch nehmen oder müssten in zwei oder mehr Jobs tätig werden, um sich ihr Minimum an Lebensstandard finanzieren zu können. Zu Beginn des Vorkrisenjahrs 2007 benötigten 1,9 Millionen der geringfügig Entlohten noch Minijobs, wohingegen es 2010 bereits 2,36 Millionen waren. Diese Entwicklung läuft ähnlich zur Entwicklung der geringfügig Verdienenden in Deutschland, die von 2006 bis 2010 um knapp 70.000 auf 4,92 Millionen Menschen stieg. Dabei beschleunigte sich diese Entwicklung im Krisenjahr 2008/2009, was durch den damals exzessiv durchgeführten Einsatz der Leih- und Kurzarbeit bedingt war. Diese wurden, nach dem die Wirtschaft nun fast auf Vorkrisenstand ist, nur zu einem geringen Teil wieder in "normale" Arbeitsplätze umgewandelt.

Durch diesen großflächigen Einsatz der Kurzarbeit und durch Einführungen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird zwar kurzfristig die Arbeitslosigkeit gesenkt, doch führen diese Maßnahmen zu keinem langfristigen Erfolg, sondern zu einer systematischen Ausbeutung durch die Arbeitgeber, da kein gerechter Lohn gezahlt wird.

Diese Maßnahmen heben zudem keinesfalls den Lebensstandard der Menschen, da sie zusätzlich zu ihrer Arbeit immer noch Bezüge vom Staat erhalten müssen und letztendlich mit Arbeit genauso viel oder sogar weniger Geld im Monat bekommen, als wenn sie Arbeitslosengeld beziehen würden. Dadurch geht nicht nur der Anreiz, arbeiten zu gehen oder sich für Arbeit zu qualifizieren und weiterzubilden verloren, sondern damit verbunden auch der Prozess der Selbstverwirklichung und Selbsterfüllung des Menschen in der Arbeit. Von Arbeit, mit der sich der Mensch identifiziert, kann in der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Lage überhaupt nicht mehr die Rede sein. Die „Zentralität der Erwerbsarbeit“, deren Bedeutung von uns Jusos bereits oft beschrieben wurde, steckt in einer tiefen Krise.

Die gespaltene Gesellschaft

Die Gesellschaft, in der wir leben, teilt sich zunehmend auf. Arm und Reich, gute und schlechte Bildung und die soziale Herkunft tragen dazu bei, immer ungleichere Lebenschancen zu schaffen. Außerdem zeigt sich die Spaltung der Gesellschaft im Hinblick auf die Beschäftigungsverhältnisse: Während das entfristete sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis abnimmt, nehmen atypische Beschäftigungsverhältnisse zu und rauben Menschen ihre soziale Sicherheit und Lebensperspektive. Dies zeigt sich z.B. im Niedriglohnsektor, befristeten Verträgen, Leiharbeit, der Generation Praktikum sowie in der Unternehmenspolitik, die immer stärker auf atypische Beschäftigung setzt, um Kosten zu sparen. Um größtmöglichen Profit herauszuschlagen, sollen Beschäftigte gegen Unbeschäftigte ausgespielt werden. Der Sozialstaat wird auf diese Weise zunehmend in Frage gestellt. Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit werden, unter dem Deckmantel der stärkeren Eigenverantwortung, zunehmend entsolidarisiert. Die große Masse der Gesellschaft wird damit vor soziale Ängste gestellt, während eine kleine elitäre Gruppe von den Entwicklungen profitiert und ihren Reichtum vermehrt.

Die Verteilungsfrage neu stellen- Verteilungsungerechtigkeiten bekämpfen

In den letzten Jahren wurden der Politik durch Steuersenkungen immer mehr Handlungsspielräume genommen. So betrug der Eingangssteuersatz im Jahr 1998, als die SPD an die Regierung kam, noch 25,9% bei einem Grundfreibetrag von 6.322€ und der Spitzensteuersatz lag bei 53% ab einem Einkommen von 61,376€. Seit 2010 liegt der Grundfreibetrag bei 8.002€ und einem Eingangssteuersatz von 14%. Der Spitzensteuersatz beträgt nun 42% (Reichensteuer 45% ab 250.073€) ab 52.882€.

Die Erhöhung des Grundfreibetrages und die gleichzeitige Senkung des Eingangssteuersatzes führt zwar zu einer Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen, jedoch werden auch die Menschen mit hohem Einkommen durch diese Senkung entlastet und gleichzeitig erfolgt eine Senkung des Spitzensteuersatzes um insgesamt 11% innerhalb von 12 Jahren.

Auch die Abgeltungsteuer in Höhe von 25% auf Kapitalerträge ist noch zu nennen. Diese führt dazu, dass auch Personen welche den Spitzensteuersatz zahlen müssen, für ihre Kapitalerträge (Zinsen usw.) nicht mehr als 25% Steuern zahlen müssen. Dies ist höchst unsozial, da es zu einer Besserstellung der Personen mit einem hohen Spitzensteuersatz kommt.

Diese Veränderungen in der Einkommensteuer sind vor allem während der Regierungszeit der SPD erfolgt. Die Absenkungen in der Einkommensteuer sind jedoch nur eine Seite der Medaille, denn um die weggefallenen Einnahmen aus der Einkommensteuer wieder ausgleichen zu können, wurde zum 1.1.2007 die Umsatzsteuer auf 19% erhöht. Diese Erhöhung trifft vor allem die kleineren Einkommen hart, denn diese Personen geben gezwungenermaßen besonders viel ihres Einkommens für den Konsum aus.

Auch die Nichterhebung der Vermögensteuer seit 1997 bewirkt eine Übervorteilung der Menschen mit höheren Einkommen und Vermögen, weil dadurch Vermögen in Deutschland nicht mehr direkt besteuert werden, sondern nur die daraus resultierenden Einkünfte. Jedoch scheint mittlerweile ein Umdenken bei den Menschen zu erfolgen, sie folgende nicht mehr dem von der FDP gebetsmühlenartig vorgetragenen Mantra der Steuer- und Abgabensenkung. Dies führt dazu, dass sich nun auch die SPD traut, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögensteuer zu fordern.

Mehr Eigenbeteiligung, weniger Leistungen- der Sozialstaat vor dem Systemwechsel

Seit den neunziger Jahren sind unsere Sozialsysteme von einem grundsätzlichen Wandel geprägt. Das **Umlageverfahren**, nach dem jede/jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten Beiträge in die Sozialversicherungen zahlt, sowie die **Parität**, die gleiche Beiträge von Arbeit- und Kapitaleseite vorsieht, wurden in Frage gestellt und zumindest partiell abgeschafft. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass die Beiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in einigen Bereichen wie dem Krankengeld abgeschafft beziehungsweise auf einen Höchstbetrag festgelegt worden (Gesundheitswesen), der deutlich unter dem Beitrag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt. Außerdem wurde der Leistungskatalog des Sozialstaates reduziert, was sich besonders deutlich im Gesundheitswesen zeigt.

In diesem Bereich ist der sich abzeichnende Systemwechsel besonders deutlich zu sehen, weil durch die geplante kleine Kopfpauschale, die die gesetzlich Versicherten monatlich zu entrichten ist, ein

pauschaler Betrag als Zusatzbeitrag festgelegt wird, der einkommensunabhängig ist und die soziale Situation der Versicherten (weitgehend) nicht berücksichtigt. Die Kopfpauschale ist in diesem Zusammenhang als erster Schritt zur Privatisierung des Gesundheitswesens und der Lebensrisiken zu verstehen.

Sozialpolitik wird häufig nur unter dem Kostengesichtspunkt betrachtet, indem die sinkenden Einnahmen der Sozialsysteme herausgestellt werden. In diesem Zusammenhang wird als sozialpolitischer Veränderungen in erster Linie die Stabilisierung der Finanzen genannt, wenngleich sinnvolle Maßnahmen wie beispielsweise die Vergrößerung der Einnahmen durch strukturelle Reformen der Sozialsysteme weitgehend unberücksichtigt bleiben. Außerdem trägt die steigende Zahl von prekären Beschäftigungsverhältnissen („Minijobs“) auch zu geringeren Einnahmen bei.

Für uns Jusos hat der Sozialstaat die Aufgabe, die menschlichen Lebensrisiken solidarisch abzusichern. Außerdem darf Sozialpolitik nicht verwaltend wirken, sondern muss Menschen durch Schulungsmaßnahmen befähigen, sich weiter zu entwickeln und ihnen neue Möglichkeiten aufzeigen. Sozialpolitik begründet sich für uns durch die Würde des Menschen sowie durch Solidarität.

Situation der Kommunen

Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort, die Politik, die wir unmittelbar wahrnehmen. Entscheidungen für die eigene Stadt zu treffen heißt, den eigenen Lebensraum aktiv zu gestalten. Um aber den eigenen Lebensraum gestalten zu können, müssen die Kommunen finanziell gut ausgestattet sein.

Anstatt die Einnahmesituation der Kommunen zu verbessern und diese finanziell besser auszustatten, belasten Bund und Land seit Jahren die Kommunen finanziell immer mehr. Viele Kommunen sind überschuldet und können viele Aufgaben nicht mehr erledigen. Das geht an die Substanz der Kommunen: Büchereien, Schwimmbäder, Straßenbau, Volkshochschulen, Kindergärten, Schulneubau und Schulsanierung – den Kommunen fehlt Geld allen an Ecken und Enden.

Besonders durch die Hartz-Gesetzgebungen seit 2003 werden die Kommunen stark mit der Aufwendung für Sozialgelder sowie ALG-II belastet, ohne dass eine entsprechende Entlastung an anderer Stelle vollzogen wurde.

Mit Schwarz-Gelb kommt die nächste Belastungswelle auf die Kommunen zu: so plant die konservativ-liberale Bundesregierung die Streichung der Gewerbesteuer, die ausschließlich den Kommunen zugute kommt. Grunderwerbstatbestände, die durch Umstrukturierungen von Konzernen durch Verschmelzungen, Spaltungen oder Vermögensübertragungen entstehen, werden bei der Grunderwerbsteuer begünstigt, diese Steuer kommt nur den Kommunen zugute. Diese mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschlossene Veränderung der Besteuerung werden über eine Erhöhung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen kommunaler Betriebe bezahlen müssen.

Außerdem hat die niedersächsische Landesregierung Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs vorgenommen. Viele Aufgaben werden durch die Kommune direkt oder durch kommunale Betriebe durchgeführt. Sie sind das Rückgrad der Daseinsvorsorge, denn sie übernehmen wichtige kommunale Aufgaben, die Privatbetriebe nicht übernehmen würden. Sie folgen oder sind gezwungen, dem neoliberalen Trend der Ausgabenkürzung zu folgen und kürzen Leistungen der für eine Kommune lebenswert und einzigartig machenden Daseinsvorsorge. Oder sie folgen dem anderen neoliberalen Konzept des „Privat geht vor Staat“ und verlieren durch Privatisierungen oder Veräußerungen so die demokratische Kontrolle über kommunalpolitisch wichtige Aufgaben.

Beides geht auf die Substanz sowie auf die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Die Kommune kann nicht mehr gestalten und agieren, sondern kann nur noch auf aktuelle Entwicklungen reagieren.

Privatisierungen, Ausgliederungen und die Ideologie des „schlanken Staats- Der Ausverkauf der öffentlichen Hand

Viele Kommunen sind verschuldet. Deshalb wird der Verkauf von öffentlichem Eigentum als Mittel zur Sanierung der Haushaltssituation betrachtet. Allerdings wird dadurch nur ein kurzfristiger Stroheffekt erzielt, da die öffentlichen Haushalte durch die Verkaufserlöse nur einmalige Einnahmen erzielen können.

Durch Privatisierungen, Teilprivatisierungen und Ausgliederungen von kommunalen Dienstleistungen verliert die öffentliche Hand – und somit die politischen Gremien als Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger – langfristig immer mehr an politischen Kontroll-, Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Beispielsweise hat die Stadt Braunschweig durch die Privatisierungen der BS-Energy und der Stadtentwässerung BS keine direkten Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten mehr in diesen Unternehmen.

Gleichzeitig prägte die neoliberale Idee des „schlanken Staates“ jahrelang das politische Handeln. Im neoliberalen Gedankengut herrscht der Irrglaube, öffentliche Aufgaben können in einer Wettbewerbssituation effektiver organisiert werden und so allen Menschen günstig zur Verfügung gestellt werden. Deshalb vertreten sie die Ideologie des schlanken Staates, die einen weitgehenden Rückzug des Staates beinhaltet. Auf Basis dieser Ideologie wurde seit einigen Jahrzehnten eine Vielzahl von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, die die öffentliche Hand allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt hat, massiv abgebaut. Da viele Bereiche der Daseinsvorsorge jedoch durch die private Wirtschaft kaum gewinnbringend gestaltbar sind, ist eine Angebotsreduzierung, eine Aussetzung von Investitionen sowie ein Preisanstieg die Folge. Dies erhöht soziale Ungleichheiten und ungleiche Lebenschancen.

Jugend unter Druck

Vielfach wird durch den Begriff „Generationengerechtigkeit“ von der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft abgelenkt. Dieser Begriff, der ursprünglich von der Jungen Union stammt, suggeriert, dass es Konflikte zwischen Alt und Jung um die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes gäbe und die junge Generation ihren Lebensstil einschränken müsse, damit die Sozialsysteme fortgeführt werden könnten. Dabei missachtet dieser Begriff jedoch, dass die gesellschaftliche Spaltung nicht zwischen Alt und Jung, sondern zwischen Arm und Reich verläuft. Die soziale Frage, die durch den Begriff „Generationengerechtigkeit“ tabuisiert wird, betrifft hingegen immer mehr Menschen.

Gerade Jugendliche und junge Menschen zahlen den Preis der gesellschaftlichen Veränderungen. Sie sind von einem starken Leistungs- und Rechtfertigungsdruck in Schule und Beruf geprägt. Perspektivlosigkeit durch fehlende Ausbildungsplätze und/oder unsichere Beschäftigungsverhältnisse und starker Konkurrenzdruck bedingen Ausgrenzungen aus dem gesellschaftlichen Leben. Auch wenn die offizielle Jugendarbeitslosenquote in Deutschland derzeit „nur“ 9,1 % beträgt, fehlt vielen jungen Menschen, die in Bildungsmaßnahmen geparkt sind, eine abgeschlossene Berufsausbildung. Dies zeigt sich auch daran, dass es in Niedersachsen allein 30000 junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gibt.

Außerdem prägen Zeitverträge, Praktika und schlecht(re) Bezahlungen zu Berufsbeginn die berufliche Situation. Die schlechte Situation junger Menschen ist ein europäisches Phänomen, da innerhalb der Europäischen Union über fünf Millionen junger Menschen erwerbslos sind. Das entspricht einer Jugendarbeitslosigkeit von über 25 %, wobei in Spanien fast jeder zweite junge Mensch vom Erwerbsleben ausgeschlossen ist. Die Folgen sind Frustration, Ausgeschlossenheit sowie ein nicht selbst bestimmtes Leben in Abhängigkeit. Des Weiteren entlädt sich der Frust junger Menschen in ungesteuerten Krawallen wie beispielsweise in Großbritannien.

Im Bildungswesen dominiert das „Bulimielernen“ - viel Stoff möglichst schnell lernen, abprüfen und dann wieder vergessen. Wer dem Druck nicht standhält, verliert den Anschluss und damit die Perspektive. 25 % der Jugendlichen werden der „Generation chancenlos“ zugerechnet, da sie erst gar nicht die Chance haben, sich den gesellschaftlichen Anforderungen zu stellen.

Gerade der Doppelabiturjahrgang 2011 hat massiven Druck auf junge Menschen ausgeübt, weil er die Konkurrenzsituation deutlich verschärft hat. Dies zeigt(e) sich unter anderem anhand der gemeinsamen Oberstufenkurse von Schülerinnen und Schülern, die die gymnasiale Oberstufe unterschiedlich lange besucht haben. Nach dem Abitur erfolgt der „Sturm auf Ausbildung und Studienplatz“, der in der Regel nur nach Abschlussnote vergeben wird. Wer nicht die geforderte Note hat, bleibt der Zugang verschlossen. Außerdem werden die Belastungen erhöht, indem beispielsweise Vorlesungszeiten bis 22.00 Uhr dauern und der Samstag wieder regulärer Unitag wird, sodass junge Menschen weniger Freiräume haben.

Eine Politik, die sich der Würde des Menschen verpflichtet fühlt, darf die Spaltung der Gesellschaft nicht akzeptieren. Es gilt Konzepte zu entwickeln, die den Menschen und seine Bedürfnisse in den Vordergrund stellen und niemanden ausgrenzen. Soziale Inklusion muss das Ziel jungsozialistischer Politik sein. Das Recht auf gleiche Lebenschancen bedeutet für uns nicht Gleichförmigkeit, sondern schafft erst Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten. Als linker Jugendverband ist es unsere Pflicht, die skandalösen Bedingungen, unter denen junge Menschen leben, aufzudecken und gesellschaftliche Alternativen vorzuschlagen.

Fehlende Teilhabe ...

„Politische Demokratie alleine gibt es nicht.

Soziale und kulturelle Demokratie gehören zur wirklichen Demokratie dazu.“ (Willy Brandt)

Politische Entscheidungen werden in unserer Gesellschaft häufig durch vermeintlich wirtschaftliche Zwänge begründet, die von den Vertreterinnen und Vertretern des neoliberalen Denkens als alternativlos dargestellt werden. Auf diese Weise wird eine Macht des Faktischen geschaffen, die wirtschaftliche Interessen durchsetzt. Demokratisch nicht legitimierte Kreise wie Wirtschaftsverbände und Ratingagenturen üben Druck aus und sind in einer einflussreichen Situation, während die politischen Parteien sich immer stärker entpolitisieren. Auf diese Weise wird der politische Prozess verzerrt, da viele Menschen und demokratische Institutionen wie Parteien und Parlamente bei politischen Diskussionen eine immer geringere Rolle spielen. Die Demokratie wird dabei auf den eigentlichen Wahlakt reduziert.

Durch diese Entpolitisierung und Entideologisierung der Politik sowie die weitgehende Absage an über den Alltag hinausgehende Visionen entsteht bei vielen Menschen das Gefühl, die politischen Inhalte der Parteien seien faktisch gleich und austauschbar. Politik wird häufig als eine „Konsensdemokratie“ erfahren, die den Anspruch der Parteilichkeit weitgehend aufgegeben hat. Etablierte politische Parteien wirken in dieser „Konsensdemokratie“ wie Dinosaurier. Ihnen wird nicht mehr die gestalterische Kraft zur Veränderung oder gar Lösung heutiger gesellschaftlicher Probleme - wie beispielsweise der generationsübergreifenden Armut - zugetraut.

In diesem Zusammenhang kommt bei Menschen häufig das Gefühl auf, es fehle eine wirkliche Alternative. Diese Entwicklung kann auch zu einer Demokratiegefährdung führen, denn die Folgen dieses Prozesses zeigen sich unter anderem an geringeren Wahlbeteiligungen sowie dem verstärkten Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien in einigen europäischen Staaten, die sich als politische Alternative zu der vermeintlichen „Konsensdemokratie“ inszenieren. Weitere Indizien dafür zeigen sich in der abnehmenden Mitgliederanzahl der „alten Volksparteien“ CDU und SPD und der Altersdurchschnitt aller im Bundestag vertretenden Parteien, der - mit Ausnahme der Grünen - jenseits von 50 Jahren liegt.

Außerdem wird die soziale Schere durch die steigende Entideologisierung sowie die neoliberale Idee, die sich in einer zunehmenden Privatisierung zeigt und weniger demokratischen Mitbestimmungsrechten gewählter Vertreterinnen und Vertretern zeigt, vergrößert.

Politik als Event in einer „Postdemokratie“?

„Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ (Willy Brandt)

Neben dem nachlassenden inhaltlichen Profilen der demokratischen Parteien werden politische Vorgänge immer stärker auf einzelne Personen zugeschnitten, die die Inhalte ersetzen und/oder in den Hintergrund treten lassen. In diesem Zusammenhang gewinnen so genannte „Events“ immer größere Bedeutung, bei denen der Erfolg sowie die Bedeutung eines Parteitages nicht an den inhaltlichen Diskussionen, sondern an der Länge des Beifalls für das politische Spitzenpersonal oder der Inszenierung beim Einlaufen gemessen werden.

Gleichzeitig gewinnen die Urteile vermeintlich unabhängiger Expertinnen und Experten immer größere Bedeutung, die jedoch keinesfalls interessenlos und unabhängig handeln, sondern durch ihre Funktion und Autorität überzeugend wirken. Viele Menschen gewinnen hingegen, auch durch die Meinungen der vermeintlichen Expertinnen und Experten, den Eindruck, Politik sei zu schwierig und wenden sich von ihr ab.

Jedoch muss trotz der Resignationstendenzen die Reaktion der Menschen auf die Inhaltsleere der Parteien differenziert betrachtet werden, weil dem Rückzug ins Private neue basisdemokratisch orientierte Protestformen gegenüber stehen, die sich jenseits der Parteien politisch engagieren.

Wir müssen als Jusos diese Entwicklung jedoch auch kritisch begleiten, weil die Gefahr besteht, dass sich in Bürgerinitiativen viele Diskussionsprozesse nur um einzelne Themenaspekte beschränken. Damit könnte ebenfalls eine Reduktion gesamtgesellschaftlicher Probleme auf Einzelentscheidungen einhergehen. Viele Initiativen bauen auch darauf auf, es den etablierten Parteien aus Protest „zeigen zu wollen“. Diese Einstellung lässt den ursprünglichen Kampf zwischen Arbeit und Kapital wandeln in den Kampf der Bevölkerung gegen die politische Klasse. Gesellschaftliche Spannungsverhältnisse werden demnach nicht mehr in ihrer Bedeutung erfasst und dadurch auch nicht gelöst werden können.

Steigende Eigenbeteiligungen, mangelnde gesellschaftliche Solidarität

Seit den siebziger Jahren prägen Individualisierungstendenzen unsere Gesellschaft. Die gesellschaftlichen Folgen dieser Vorgänge sind von zwei Merkmalen geprägt. Einerseits verlieren die traditionellen Bindungen wie beispielsweise soziale Rollen immer an Bedeutung, weil die Menschen immer größere Wahlmöglichkeiten haben, ihr Leben zu gestalten. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass es früher fast selbstverständlich für junge Männer war, auch den väterlichen Beruf zu erlernen. Gleichzeitig können die Individualisierungstendenzen aber auch größere Unsicherheiten hervorrufen, da gemeinschaftliche Interessensvertretungen wie Gewerkschaften eine geringere Bindungskraft haben als früher. Deshalb sind gesellschaftliche Individualisierungsprozesse ambivalent zu verstehen.

Trotz der Individualisierungstendenzen prägen soziale Herkunft und die Lebenssituation der Eltern immer noch die Lebenschancen ihrer Kinder. Entgegen häufigen Ausführungen haben gerade sozial schlechter gestellte Menschen durch individualistisch ausgerichtete Lebensentwürfe weniger Lebensqualität und Lebenschancen. Dies zeigt sich unter anderem in der zunehmenden sozialen Schere zwischen Arm und Reich sowie in der Entwicklung der Arbeitswelt wie der Prekarisierung.

Neoliberale erteilen der solidarischen Interessenvertretung und der solidarischen Absicherung der Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit eine Absage und wollen stattdessen immer mehr private Vorsorge. Solidarität wird von ihnen bewusst verklärt und als „Gleichmacherei“ verunglimpft. In ihrem Weltbild wird der Begriff „Gerechtigkeit“ alleine auf die (eingeschränkten) Rechte als Staatsbürgerin/Staatsbürger reduziert.

Wir Jusos wollen hingegen individuelle Entfaltungsmöglichkeiten von Menschen, um bessere Lebenschancen zu geben und sich von Vorgaben zu emanzipieren. Gleichzeitig verstehen wir den Individualisierungsprozess nicht als „asozialen Individualismus“ (Hobbesbawn). Vielmehr kämpfen wir für eine solidarische Absicherung der Lebensrisiken und wollen Menschen durch die öffentliche Daseinsvorsorge und eine aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mehr Lebensperspektiven geben. Deshalb bedeutet Solidarität für uns nicht die weltfremde Verklärung, sondern einen Wert, der das menschliche Leben lebenswerter macht. Wir wollen solidarische Lösungen von Problemen und Lebensrisiken, in denen alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten in die Pflicht genommen werden.

Fehlende internationale Solidarität

*„[...] Sicherheit für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus.“
(Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007)*

Wachsende Ungleichheit und Polarisierung der Einkommensverteilung charakterisieren die Weltgesellschaft. Zwar sank die weltweite Armut zwischen 1990 und 2005 von 1,8 Mrd. Menschen auf 1,4 Mrd. (vgl. UNRISD 2010: 1), doch dies ist kein Grund zur Entspannung. Noch immer lebt ein Viertel der Weltbevölkerung in absoluter Armut, leiden knapp eine Milliarde Menschen an Hunger (vgl. FAO 2010: 9) und die Knappheit an sauberem Trinkwasser steigt.

Dass international angestrebte Ziel, 0,7% des BIP in Entwicklungshilfeleistungen zu investieren, ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Doch die Industrieländer sind weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen. Auch wenn die schwarz-gelbe Regierung ihren Willen bekräftigt hat, dieses Ziel zu erreichen, können keine Bemühungen erkannt werden, da Deutschland nur annähernd 0,5% ihres BIP in Entwicklungshilfeleistungen investiert.

So zeigt sich, dass die zunehmenden internationalen ökonomischen Verflechtungen und die damit einhergehende Globalisierung die wachsende globale Ungleichheit und die persistente Armut nicht eindämmen konnten.

Auch in Ländern, die eine hohe internationale ökonomische Integration aufweisen wie zum Beispiel Deutschland, ist die soziale Ungleichheit stark gestiegen (vgl. OECD 2010:25). So verfügte das reichste Zehntel 2007 in Deutschland über 61% des gesamten Nettovermögens.

Diese verstärkte ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen zwischen den Ländern, aber auch innerhalb der Länder ist eine Frage von internationaler Verteilungsgerechtigkeit. Wenn wir nicht dazu beitragen, mehr Chancengerechtigkeit herzustellen, wird dies vermutlich ernste Konsequenzen nicht nur für die Industrie,- sondern auch für die Menschen in den Entwicklungsländer haben. Für uns ist Ungleichheit kein Anreiz für Menschen, sich um eine Verbesserung ihrer eigene Zukunft zu bemühen, sondern ein Katalysator für so genannte „neue Kriege“, die besonders der Zivil-

bevölkerung ernsthaft schaden. Somit ist die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

Netpolitik

Netpolitik ist ein breites politisches Feld. Bisher bezieht der Begriff der Netpolitik sich hauptsächlich auf den Kampf für mehr Datenschutz und die Förderung freier Inhalte. Was darüber hinausgeht, mag vielleicht in Teilen der Blogosphäre angesprochen werden; ein breiter gesellschaftlicher Dialog findet jedoch nicht statt. Keine Partei hat einen Gesamtentwurf für die digitale Gesellschaft, welche teilweise parallel, manchmal jedoch auch ergänzend, existiert.

Die virtuelle Welt ist überall präsent. Viele sind mit Smartphones ständig online, dabei muss die Online-Identität nicht der eigenen Identität entsprechen. Dies erzeugt bei konservativ denkenden einen reflexartigen Drang nach Regulation und Überwachung. Doch ist dies der richtige Weg?

Von den Veränderungen durch die neuen Kommunikationsformen sind alle Politikfelder betroffen und somit ist das Thema nicht alleingestellt zu betrachten, sondern es handelt sich immer um eine Auseinandersetzung um die grundsätzlichen Veränderungen unserer Gesellschaft. Informationen sind heutzutage nicht mehr per se vergänglich. Es stellt keinen Aufwand mehr da, Informationen langfristig zu erhalten.

Die Große Koalition hat viele, gerade in der Webcommunity, enttäuscht. Die Schlagworte Netzsperrungen und Online-Durchsuchungen reichen aus, um die Popularität der SPD in diesem Bereich dramatisch dahinschmelzen zu lassen. Neben der wieder eingestampften zentralen Speicherung von ArbeitnehmerInnendaten (ELENA) war die Sozialdemokratie auch an der datenschutzrechtlich problematischen Einführung der zentralen Steuernummer, der elektronischen Gesundheitskarte und der Vorratsdatenspeicherung, von der einige sogenannte Innenexperten noch nicht abgekommen sind, beteiligt.

Mit der Zustimmung zu den von der CDU initiierten Netzsperrungen war die SPD außerdem am Aufbau eines Zensurapparates im Internet beteiligt, der nicht nur angesichts der Wirksamkeit seiner eigentlichen Intention zu hinterfrage ist.

Auch im Bereich des Leistungsschutzrechts hat die SPD wesentliche Änderungen mitgetragen, die die Vervielfältigung von Informationen einschränkt und Großkonzernen, Anwaltskanzleien und Verwertungsgesellschaften neue Geschäftsfelder durch die Möglichkeit von Massenabmahnungen eröffneten.

Digitale Gesellschaft braucht Medienkompetenz

96% der unter 30-Jährigen InternetnutzerInnen sind in sozialen Netzwerken aktiv. Jedoch fehlt ihnen zu einem großen Teil die Kompetenz entscheiden zu können, was sie in preisgeben möchten und welche Konsequenzen diese Offenheit haben kann. Dies kann zum Teil bereits an den sogenannten „Facebook-Parties“ gesehen werden. Es wird eine Veranstaltung auf Facebook erstellt, welche eigentlich nur für Freundinnen und Freunde gedacht ist, diese wird jedoch öffentlich erstellt und somit kommen wesentlich mehr Personen als vorher geplant und die Feiern laufen zum Teil aus dem Ruder.

Zugang für alle

Ein schneller Zugang zum Internet ist derzeit gerade in ländlichen Gebieten noch nicht überall gegeben, obwohl dieser sowohl für Schule als auch für Beruf vorausgesetzt wird.

Bildung als Vorbereitung der kapitalistischen Verwertungslogik

Was oft als Bildung verstanden wird, entspricht kaum noch dem klassischen Bildungsbegriff nach Humboldt, der einst Bildung als Form der freien Entfaltung eines Menschen begriff. Viel mehr ist Bildung nur eine Vorstufe der kapitalistischen Verwertungslogik. Bereits in der Grundschule werden Kinder selektiert. Dadurch fördert man ein Gegeneinander statt Miteinander im frühesten Alter. Besonders die Eltern vieler GrundschülerInnen wollen erreichen, dass ihr Kind eine Gymnasialempfehlung erhält. Alles andere ist gesellschaftlich immer mehr verpönt. So lastet ein immenser Druck auf GrundschülerInnen die in Konkurrenz zu anderen um die besten Noten wetteifern müssen. Nach der Grundschule geht das Wetteifern um beste Noten weiter und wer sich am besten anpasst und anbietet bekommt die, für Bewerbungsschreiben relevanten, guten Kopfnoten. Mit Berufs-Praktika und Konkurrenz werden die Schülerinnen und Schüler nur auf das Berufsleben vorbereitet. Aufgabe ist es, dass Schülerinnen und Schüler später ihren Platz als Rädchen im Getriebe finden und sich mit den Gegebenheiten arrangieren und sich dort platzieren sollen, statt es kritisch zu hinterfragen und zu reflektieren.

Das ursprüngliche Ziel der Bildung, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, spielt in diesem derzeitigen Bildungssystem eine viel zu kleine Rolle. Sie ist auch kaum möglich bei immer weiteren Kürzungen im Bildungssektor.

Über den Zustand Braunschweiger Schulen machen sich schon bundesweit bekannte Satiresendungen lustig und es kommt auch schon mal vor, dass die Decke herabstürzt. Viele Schulen sind gezwungen Geldmittel über Partnerschaften mit privaten Unternehmen zu erhalten. Diesen liegt natürlich weniger an freier Bildung und mehr an Werbung und Ausbildung neuer fleißiger ArbeitnehmerInnen.

Die Selektion im Bildungssektor erreicht ihren traurigen Höhepunkt durch Studiengebühren bei den Universitäten. Selbst in der Universität ist eine freie Wissensaneignung durch vorgegebene straffe Stundenpläne kaum noch möglich. Selbst die Universität dient heute nur noch zur Vorstufe der kapitalistischen Verwertungslogik. Freie Bildung ist dort kaum noch vorgesehen. Dabei gäbe es leicht umzusetzende Methoden, dem entgegenzuwirken: Flächendeckende Gesamtschulen (wie in Skandinavien, die auch stets sehr gut bei PISA abschneiden), Abschaffung der Kopfnoten, ein höherer Bildungsetat, um u.a. mehr LehrerInnen einzustellen sowie Abschaffung der Studiengebühren sowie bessere Bildungs- und StudentInnenfreundlichere Veränderungen der Reformen des Bolognaprozesses.

Kampf gegen Rechts – Mit Recht gegen Rechts

Die Kommunalwahl 2011 in Niedersachsen hat uns eine Auseinandersetzung, gerade auch in unserem Bezirk beschert, da die NPD vor der Wahl 18 kommunalpolitische Mandate in Niedersachsen besaß, davon alleine 5 in unserem Bezirk. Nach der Wahl sind es nun sogar 21 Mandate in Niedersachsen, 10 davon in unserem Bezirk. In Braunschweig muss man nur einen Blick in die Fanszene Eintracht Braunschweigs werfen, in der rechte Gruppen dominieren und linke Fangruppen systematisch eingeschüchtert werden. Der rechtsradikalen „Burschenschaft Thormania88“ gelang es im Juni 2011, eine Kundgebung Rechtsradikaler in Braunschweig und einen Demonstrationzug in Pei-

ne durchzusetzen. Eine Wiederholung in den nächsten Jahren ist gut möglich.

Gleichzeitig zur Ausdehnung des neoliberalen Globalisierungsdogmas als Folge des Kapitalismus ist die Nation wieder in den Mittelpunkt gerückt. Der unpersönliche und unbarmherzige Kapitalismus soll dadurch aufgefangen werden, dass man sich wieder in den vertrauten Schoß des Nationalstaates begibt. Ein braunes Monster treibt in Europa, aber zunehmend auch bei uns sein Unwesen. Rings um uns herum erblühen rechte Parteien. Wahlerfolge lassen sich nicht mehr nur an einer Hand abzählen, sonder sind traurige Regel geworden.

Zu unserem Bedauern entwickelt sich Ungarn immer weiter nach Rechts. Seitdem der rechts-konservative Viktor Orbán dort 2010 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, entwickelt sich das Land zu einem autoritären und nationalistischen Staat mit antidemokratischen Tendenzen. Traurige Höhepunkte waren die neu verabschiedete Verfassung, die Nationalismus, Volk, Familie (was Herabsetzung von Singles und Homosexuellen bedeutet) und Gott in den Vordergrund rückt, ein neues Mediengesetz, das Pressefreiheit einschränkt, sowie die Verfolgung der Sinti und Roma.

Schauen wir in die Niederlande, Hassvideos gegen den Islam, Wahlerfolge für Geert Wilders mit seiner Partei für Freiheit und eine Bevölkerung die von sich selbst entsetzt ist. Immerhin, Wilders muss in der Opposition bleiben, aber wie lange noch?

Auch in Frankreich hat die Front National wieder Erfolge feiern können. Durch den Rückzug von Jean-Marie Le Pen steht die Partei besser da als gedacht. Derzeitige Umfragen sagen ihr ein Ergebnis von 23% für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr voraus. Dies ist besser als das derzeitige Umfrageergebnis von Nicolas Sarkozy (21%). Es sollte hierbei aber auch nicht vergessen werden wie Präsident Sarkozy mit den Sinti und Roma in Frankreich umgeht.

Die Liste der Länder um Deutschland herum ließe sich fast beliebig ergänzen, in Großbritannien feiert die British National Party Erfolge, in Finnland holen die „Wahren Finnen“ fast 20% bei den Parlamentswahlen und selbst ein als sozialdemokratisch geltender Regierungschef in der Slowakei, Robert Fico, möchte nationale Gesetze erlassen, nach welchen die Heimatliebe zur Pflicht werden soll. In einem solchen Umfeld gilt es für uns wachsam zu bleiben.

II. Woher wir kommen, wohin wir wollen

Jusos heißt Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

Wir Jusos sind keine Wahlkampf-, Jubel- oder Plakatiertruppe der SPD, sondern stehen als Richtungsverband in kritischer Solidarität zu unserer Mutterpartei. Wir wollen eigene Konzepte jenseits des neoliberalen Mainstreams entwickeln, für die wir in Zusammenarbeit mit Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern wie Gewerkschaften und Sozialverbänden um gesellschaftliche Zustimmung kämpfen.

Wir Jusos bekämpfen Unterordnungen, Ungerechtigkeiten und Fremdbestimmungen, die Menschen alltäglich erfahren. Unser Ziel ist die Emanzipation des Menschen- ein selbst bestimmtes Leben in Freiheit, Solidarität und Verantwortung. Unserem Anspruch nach darf kein Mensch in Armut oder Hunger leben, verfolgt, ausgebeutet, erniedrigt und verfolgt werden. Dieses Ziel verlangt einen gesellschaftlichen Umbau und politischen Gestaltungswillen. Deshalb bezeichnen wir uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD.

Unser Ziel ist die Emanzipation des Einzelnen von Unfreiheiten und Unterdrückungen. Dabei sind

Freiheit und Selbstbestimmung aber auch Leistungen der Gesellschaft, sodass Solidarität für uns notwendig ist, um individuelle Entfaltungschancen zu schaffen. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten geben uns nicht mit der Verwaltung gesellschaftlicher Zustände zufrieden, sondern wollen eigene Ideen entwickeln, um unsere Gesellschaft sozialer, gerechter und lebenswerter zu machen.

Unser Kampf für eine menschenwürdigere Welt basiert auf den Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung und der marxistischen Gesellschaftsanalyse. Der demokratische Sozialismus, der sich an der Würde des Menschen orientiert und für uns Kampf gegen Unrecht, Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet, bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Den demokratischen Sozialismus zu definieren ist weder möglich noch erstrebenswert, weil es unmöglich ist, eine Vision bis in Details zu definieren. Gleichwohl stellen wir fest, dass wir in einer Welt voller Ungerechtigkeiten leben, zu der wir Alternativen suchen. Deshalb betrachten wir den Kampf für eine gerechtere Welt und die **Verwirklichung unserer Grundwerte als eine dauerhafte Aufgabe**.

Wir setzen uns für Benachteiligte ein und scheuen uns nicht, den Finger in die Wunde zu legen, um skandalösen Lebensperspektiven junger Menschen aufzudecken und Benachteiligungen zu beseitigen.

Wir glauben nicht an die Allmacht von Parteien und Parlamenten. Unserer Meinung nach entsteht Politik, wann immer Meinungen und Interessen geäußert werden. Politik bedeutet für uns den Dialog und die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Bündnispartnern, um die Gesellschaft zu verändern.

In den letzten Jahren haben wir kontinuierlich unsere Positionen in die SPD eingebracht und so unseren Gestaltungswillen unterstrichen. So haben wir die Grundideen der Arbeitsversicherung, des öffentlichen Beschäftigungssektors, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Bürgerinnenversicherung entwickelt und bereits 2006 einen gesetzlichen Mindestlohn gefordert. Dies zeigt, dass wir keine ausschließliche Jugendorganisation, sondern Ideenschmiede der Sozialdemokratie sind. Die Einbringung unserer Ansichten und den Dialog mit Bündnispartnerinnen und Bündnispartner bezeichnen wir als **Doppelstrategie**.

Durch politische Bildungsarbeit befähigen wir junge Menschen, sich kritischen mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander zu setzen und eigene Meinungen zu vertreten. Um der neoliberalen Verwertungslogik zu entweichen, ist es notwendig, Fragen über die Tagespolitik hinaus zu diskutieren und gesellschaftliche Zwänge sowie Entfremdungen zu thematisieren. Hierbei muss sich unsere Politik an der Frage orientieren, wie **wir leben wollen**.

Die SPD auf dem Scheideweg

Die Wahlen des Jahres 2011 haben gezeigt, dass die SPD trotz leicht steigender Umfragewerte sich nicht stabilisiert hat. Während in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und (mit großen Verlusten) in Rheinland-Pfalz Wahlsiege erkämpft wurden, erreichte die Sozialdemokratie in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt nur den dritten Platz. Auch die Kommunalwahlen in Niedersachsen endeten landesweit mit einem enttäuschenden Ergebnis, da es prozentuale Verluste gab und das Wahlziel, stärkste kommunalpolitische Kraft in Niedersachsen zu werden, nicht erreicht wurde. Die im Bundestrend gestiegenen Umfragewerte sind eher auf die Schwäche und Konzeptlosigkeit der Union, keinesfalls aber auf die wieder gewonnene Stärke der SPD zurück zu führen.

Die Sozialdemokratie braucht dringend inhaltliche und organisatorische Erneuerung, um ihren Status als linke Volkspartei wiederzugewinnen. Darüber hinaus wird ein sozialdemokratisches Projekt

benötigt, das als sozialdemokratische Vision über die Tagespolitik hinausgeht. Dabei muss die SPD die soziale Gerechtigkeit und soziale Teilhabe wieder konsequenter in das Zentrum ihrer Politik stellen.

Hinzu kommt, dass die Sozialdemokratie in eine Glaubwürdigkeitslücke geraten ist. Während in Wahlprogrammen vehement für gute Arbeit, öffentliche Daseinsvorsorge, die Regulierung der Finanzmärkte gefordert und die Erhöhung der Mehrwertsteuer abgelehnt wurde, wurde in Regierungsverantwortung die Mehrwertsteuer erhöht, Leiharbeit ausgeweitet, der Börsengang der Deutschen Bahn eingeleitet und die Finanzmärkte teilweise dereguliert. Dadurch hat die Sozialdemokratie an Glaubwürdigkeit und Profil verloren. Die Gerechtigkeitslücken bei der Hartz-Gesetzgebung und bei den Gesundheitsreformen wie beispielsweise die Privatisierung des Krankengeldes und die Zusatzprämie haben das sozialpolitische Profil erschüttert.

Diese Gerechtigkeitslücken und Ungerechtigkeiten, die zahlreiche Stammwählerinnen und Stammwähler vergrault haben, überdeckten die Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik wie beispielsweise den Einstieg in eine ökologische Steuerreform, die Ablehnung des Irakkrieges 2003, das Recht zur Nachholung des Hauptschulabschlusses sowie die gesellschaftspolitischen Reformen.

Wichtig ist aber auch, dass die Sozialdemokratie in Zukunft vor Wahlen keine Koalitionsaussagen vor Wahlen mehr macht und auf Grundlage des Wahlprogramms, das in Zusammenarbeit mit den Gliederungen der Partei und gesellschaftlichen Bündnispartnern erarbeitet wurde, um das Vertrauen der Wählerinnen und Wählern wirbt. Koalitionsoptionen ergeben sich aus dem Wahlergebnis und dem Wahlprogramm. Nur so kann die SPD die strategische Sackgasse, die sich im Bundestagswahlkampf 2009 ergeben haben, verlassen. Gleichwohl gilt, dass nur mit der Sozialdemokratie eine sozial-fortschrittliche Politik möglich ist.

Neben der inhaltlichen Erneuerung der SPD muss sich die Partei auch organisatorisch neu aufstellen. Während der Regierungszeit wurden einige Entscheidungen der Partei von oben diktiert und Parteitagebeschlüsse wie beispielsweise die Ablehnung der Bahnprivatisierung weitgehend ignoriert. Gerade weil die Sozialdemokratie von dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder lebt, muss die innerparteiliche Demokratie gestärkt werden. Deshalb gilt es, Konzepte zu entwickeln, die den Mitgliedern verstärkt Angebote der politischen Partizipation bieten. Dies können inhaltliche Programmforen, Programmparteitage, Mitgliederbefragungen sowie Mitgliederentscheidungen über wichtige programmatische Aspekte sowie die Urwahl von Spitzenkandidaturen und Vorsitzenden sein. Gleichwohl gilt, dass Parteiveranstaltungen so terminiert und organisiert werden müssen, um vielen ehrenamtlich Aktiven eine Teilnahme zu ermöglichen. Über das Grundsatzprogramm muss auf jeden Fall per Mitgliederentscheid abgestimmt werden, da es das programmatische Herz der Partei ist.

Zentral dabei ist, dass die Parteimitglieder ernst genommen werden und auch organisatorisch die Möglichkeit der Mitarbeit haben. Das bedeutet konkret, dass nicht alle Funktionen in den programmatischen Foren mit hauptamtlichen Funktionären und/oder Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern besetzt werden dürfen. Die organisatorische Erneuerung der Sozialdemokratie beinhaltet auch die verstärkte Zusammenarbeit mit politischen und gesellschaftlichen Bündnispartnern wie den Gewerkschaften des DGB und den Sozialverbänden.

Die solidarische Moderne als sozialdemokratische Vision entwickeln

Insgesamt betrachtet fehlt der SPD ein Gesamtkonzept, um unsere Gesellschaft jenseits der neoliberalen Idee weiterzuentwickeln und das eigene Profil zu schärfen. Die Erneuerung der Sozialdemokratie nach dem Verlust der Regierungsverantwortung 2009 beschränkte sich bisher partiell auf eini-

ge Politikfelder wie beispielsweise eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I und der Steuerpolitik, während jedoch ein Gesamtprofil, das den Anforderungen einer linken Volkspartei entspricht, noch fehlt. Gleichwohl werden neoliberale Konzepte, die auf einen schlanken Staat, weitgehende Eigenversorgung der Menschen und eine unregulierte Wirtschaft zielen, seit der Finanzkrise gesellschaftlich kritischer gesehen.

Wir wollen unsere Ansätze nach und nach zu einem Gesamtkonzept entwickeln, das zu einem stärkeren sozialdemokratischen Profil führt und wir konsequent in die Sozialdemokratie einbringen. Dazu gehören für uns unter anderem klassische Juso-Themen wie beispielsweise das Bekenntnis zur öffentlichen Daseinsvorsorge und einem handlungsfähigen Staat, mehr Verteilungsgerechtigkeit, eine Energiewende, freier Zugang zu Bildung, gute Arbeit und die Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Allerdings muss die Vision der solidarischen Moderne, die nicht nur auf den Nationalstaat beschränkt sein darf, auch neue Themen enthalten. Deshalb sollen die entwickelten Positionen über mehr Partizipation und mehr Demokratie in unsere Gesamtidee einfließen.

III. Gemeinsam mehr- Organisation des Bezirks 2011/2012

Bezirksvorstandssitzungen (BeVo)

Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare organisatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Daneben sollen die Bezirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden.

Der Bezirk ist die Summe seiner Unterbezirke, demnach können alle Jusos des Bezirks zu den Vorstandssitzungen erscheinen. Die Arbeit des Bezirks lebt vom Miteinander aller Jusos. Gemeinsam wollen wir den Bezirk inhaltlich und organisatorisch gestalten und ständig weiterentwickeln.

Auf den Sitzungen soll es deshalb sowohl um organisatorische Dinge gehen wie auch ein inhaltliches Thema besprochen werden. Die Vorbereitung eines inhaltlichen Themas wird auf der vorhergehenden Sitzung vergeben. Es ist auch möglich, dass Jusos, welche nicht Mitglieder des Bezirksvorstandes sind, ein Thema vorstellen. Die Verknüpfung von Inhalten und organisatorischem soll die Attraktivität der Sitzungen steigern. In Rückkopplung mit den Unterbezirken soll dies geprüft werden.

In der Organisationsform des BeVo soll unsere Kritik an Herrschafts- und Machtformen zum Ausdruck kommen. Wissensmonopole aufzulösen und sie allen TeilnehmerInnen der Bezirksvorstandssitzungen zugänglich zu machen, ist dazu ein erster Schritt. Ergänzend sollen verstärkt wechselnde Sitzungsleitungen im BeVo Anwendung finden, um alle an der Arbeit zu beteiligen.

Die Sitzungen finden einmal im Monat statt dazu wird für jede Sitzung ein Protokoll geschrieben. Dieses erfolgt durch den Bezirksvorstand und wird über den Verteiler veröffentlicht.

Kommunikation zwischen Bezirk und Unterbezirken

Um eine kontinuierliche Kommunikation zwischen Bezirk und den Unterbezirken zu ermöglichen und bei Problemen immer erreichbar zu sein, wird jedes Bezirksvorstandsmitglied 1-2 Unterbezirke betreuen.

Außerdem wollen wir den Veranstaltungskalender (Google- Kalender) weiterführen, der die Termine der Unterbezirke zusammenfasst und Terminkollisionen verhindern soll.

Treffen mit den Unterbezirkvorsitzenden und SprecherInnenteams

Wie in den letzten Jahren sind alle Unterbezirkvorsitzenden und SprecherInnen auch weiterhin in den Bezirksvorstand kooptiert, das heißt, sie nehmen beratend an den Bezirksvorstandssitzungen teil. Um in Zukunft noch genauer auf die Unterbezirke eingehen zu können, wird es neben dem Bezirksvorstandssitzungen, auf welchen die Unterbezirkvorstände immer anwesend sein sollten, noch gezielte Treffen geben. Auf diesen Treffen sollen alle vorhandenen Probleme besprochen und Handlungsansätze gefunden werden. Der Bezirksvorstand kann nur die Wünsche der Unterbezirke erfüllen, wenn diese ihm bekannt sind.

Öffentlichkeitsarbeit

Als Medium für unsere Außendarstellung haben wir der Homepage des Juso-Bezirks ein neues Gesicht gegeben. Hier sollen auch in Zukunft unter anderem immer die nächsten Termine angegeben werden, sowie Berichte über Veranstaltungen und Pressemitteilungen erscheinen. Hier wollen wir den Unterbezirken auch die Möglichkeit bieten ihre Veranstaltungen und Aktionen in einer extra Rubrik vorzustellen und so Werbung für die Unterbezirke zu machen. Die Ergebnisse der Bezirksprojekte wollen wir in der „S8- Das Magazin der Jusos im Bezirk Braunschweig“ online veröffentlichen, um die Ergebnisse der Bezirksarbeit in die Unterbezirke zu tragen.

Projektarbeit

In Form der Projektarbeit wollen wir unsere inhaltlichen Positionen gemeinsam entwickeln. Unsere Projekte stehen allen interessierten Jusos offen. Jede und jeder kann grundsätzlich, sofern er/sie sich während des Arbeitsprogrammprozess meldet, ein Projekt anbieten. Dafür ist eine Projektbeschreibung vorzulegen, die in das Bezirksarbeitsprogramm aufgenommen wird und Kontrolle der Projektarbeit ist. Der Bezirksvorstand unterstützt die Projekte und ist für die terminliche Koordinierung verantwortlich.

Seminare

Basic-Seminar

Das Juso-Basic-Seminar soll alle Jusos mit den Grundlagen der politischen Arbeit vertraut machen. Es sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt und politische Entscheidungsstrukturen erläutert werden. Die Basic-Seminare finden halbjährlich und darüber hinaus auf Anfrage der Unterbezirke statt.

Methodik- Seminar

Das Methodik-Seminar soll die organisatorischen und methodischen Fähigkeiten der Jusos im Bezirk Braunschweig verbessern. Es sollen grundsätzliche Themen bearbeitet werden wie etwa die Sitzungsleitung und Einladungen zu Sitzungen und Konferenzen. Weiterhin sollen jedoch auch die methodischen Kompetenzen der einzelnen Jusos gefördert werden, indem wir eine Rhetorikschulung in dieses Seminar einbauen.

Weiterhin sollen an konkreten Vorhaben der Unterbezirke und Juso-Agen die Grundlagen der Projektorganisation geübt werden. Das Methodik-Seminar soll somit Ausgangspunkt der Arbeit der Unterbezirke sein; es findet einmal jährlich und in Absprache mit einzelnen Unterbezirken statt.

Tagesseminare

Um möglichst vielen Genossinnen und Genossen die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben, werden wir Seminare auch eintägig anbieten. Hierzu sollen das Seminar zur Pressearbeit sowie das Seminar zur Homepagepflege gehören. Die Seminare werden an einem zentralen Ort stattfinden, oder auf Anforderung der Unterbezirke auch direkt vor Ort.

Projektseminar und Projekte

Die Arbeit in den Projekten füllt einen großen Teil der inhaltlichen Debatte innerhalb des Bezirks aus. Um die Ergebnisse und Problematiken der jeweiligen Projekte allen Genossinnen und Genossen zugänglich zu machen, wird erneut ein Projektwochenende in Seminarform ausgerichtet. Diese Vorgehensweise hat sich als erfolgreich erwiesen. Die Projekte erhalten die Möglichkeit, ihre Arbeit vorzustellen und durch inhaltliche Debatten Probleme zu erörtern und zu lösen.

Sommerakademie

Mit der Spätsommerakademie haben wir ein erfolgreiches Seminarkonzept, um die inhaltliche Arbeit auf Bezirksebene auszubauen und Anträge vorzubereiten. Neben der Arbeit des Bezirks soll dabei auch die inhaltliche Arbeit der Unterbezirke Platz finden und eine Möglichkeit gegeben werden, über die Grenzen des eigenen Unterbezirks zusammen an inhaltlichen Themen zu arbeiten.

Vorbesprechung Bundeskongress

Den Juso-Bundeskongress 2012 werden wir, bei Bedarf mit anderen Bezirken und Landesverbänden, in Form eines Wochenendseminars vorbereiten.

Bezirksplena

Die Bezirksplena, bei denen es sich um Aktiventreffen aller Jusos des Bezirks Braunschweig handelt, können zusätzlich für inhaltliche Debatten der Projekte genutzt werden. Allen Aktiven wird somit eine bereite Möglichkeit der Partizipation geboten. Diese Treffen sollen vor allem abends oder halbtägig an einem Wochenende stattfinden.

Die Plena könne auch dazu genutzt werden, um die inhaltliche Arbeit oder Aktionen der Ubs vorzustellen. Die Bezirksplena werden vom Bezirk gemeinsam mit dem gastgebenden Unterbezirk durchgeführt.

Verbandstage

Neben der zahlreichen inhaltlichen Arbeit wollen wir im nächsten Jahr auch wieder versuchen kulturelle Angebote zu machen. Darunter fällt beispielsweise gemeinsames Grillen, Filmeabende etc.

Mitgliederwerbung

Ausgehend von Initiativen aus den Unterbezirken wird der Bezirk aktiv Veranstaltungen zur Werbung neuer Mitglieder unterstützen. Diese sollen sich nicht nur an neue Mitglieder, sondern auch an neu eingetretene Mitglieder wenden. Die Unterstützung soll personeller Natur sein. Ziel soll es sein, neben der Mitgliederwerbung, Mitglieder für die Parteilarbeit zu begeistern und wieder neu zu aktivieren. – Eine lebendige Partei lebt von aktiven Mitgliedern.

„Sozialismus braucht Tradition“

Die Reihe „Sozialismus braucht Tradition“ wurde letztes Jahr durch unsere Besuche im Klinikum Wolfenbüttel und bei der Jugend- und Auszubildenden Vertretung von VW in Wolfsburg wiederbelebt. Nun soll diese Reihe auch weitergeführt werden.

Neben Kenntnissen über politische Vorkommnisse und Parteistrukturen ist es für uns Jusos wichtig, die Lebensrealität der Menschen kennen zu lernen, um politische Gestaltung an diesem Punkt anzusetzen. Deshalb wollen wir verschiedene Betriebe in der Region besuchen und mit Gewerkschaftern vor Ort diskutieren.

Hoch die internationale Solidarität!- Nahostreise 2012

Gemeinsam mit den befreundeten Jusos der Landesorganisation Bremen wollen wir im Sommer 2012 nach Israel/Palästina reisen, um uns über die Geschichte, Struktur und Ausprägungen des Nahostkonfliktes zu informieren. Dabei wollen wir den Austausch mit jungen Menschen unserer Partnerorganisationen suchen, die uns ihre Sichtweise und Erfahrungen berichten. Neben diesem Dialog wollen wir Jusos uns mit den Besonderheiten der israelischen und palästinensischen Identität auseinander setzen.

Mehr Braunschweig auch anderswo!

Wie in den vergangenen Jahren wollen wir gemeinsam zu Seminaren und Veranstaltung des Bundesverbandes und des Landesverbandes fahren und dabei sowohl die inhaltliche Arbeit mitgestalten, als auch unsere persönlichen Kontakte in andere Bezirke und Landesverbände pflegen.

IV. Gemeinsam mehr – Bezirksprojekte und Schwerpunkte

I. Mehr Demokratie schaffen!

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten wollen die Demokratisierung aller Lebensbereiche, da wir die Demokratie als Lebensform verstehen, die Menschen alltäglich erfahren müssen. Wir wollen eine partizipatorische Demokratie, die Parteien und Zivilgesellschaft verbindet. Politik reduziert sich unserer Meinung nach nicht auf den Wahlakt, sondern muss den Bürgerinnen und Bürgern dauerhafte Mitwirkungsmöglichkeiten geben.

In dem Projekt wollen wir Jusos uns mit der Fragestellung auseinandersetzen, **wie mehr demokratische Teilhabe** geschaffen werden kann. Hierzu werden wir den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern von **Initiativen** wie beispielsweise „mehr Demokratie“ suchen. In Zusammenarbeit mit den Unterbezirken tauschen wir Jusos uns mit örtlichen Initiativen und Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern über **alternative Beteiligungsformen** aus. Außerdem wollen wir damit beschäftigen, wie auf kommunaler Ebene **mehr Jugendbeteiligung** geschaffen werden kann. Neben dem praktischen Dialog setzt sich das Projekt „mehr Demokratie schaffen“ mit **vergangenen und gegenwärtigen Protestkulturen** auseinander und thematisiert anhand der Milieutheorie die **soziale Lage von Menschen und ihr Mitwirken an politischen Prozessen**.

Die Ergebnisse des Projektes bringen wir in die Diskussionen über das **Wahlprogramm der niedersächsischen Sozialdemokratie zur Landtagswahl 2013** ein.

II. Projekt Internationales

Viele ökonomische und soziale Probleme können nur international gelöst werden. Dieses Projekt soll Gesamtzusammenhänge der existierenden sozialen und ökonomischen Ungleichheiten darstellen und politische Maßnahmen entwickeln durch die diese wirkungsvoll verringert werden können: Wie sieht ein verantwortungsbewusstes Wirtschaften aus, mit Blick auf die WTO, die mit ihrer Freihandelspolitik in erster Linie die Eigentumsrechte und Interessen international agierender Konzerne sichern. Die Liberalisierung des Welthandels und durch den Abbau der „Hemmnisse“ haben im weltweiten Handel die bestehende Ungleichheit eher gefördert als beseitigt. Wie kann eine Unterstützung demokratischer Regierungsstrukturen zum Beispiel in Libyen aussehen, ohne dabei jemandem unser System „aufzudrücken“ und einen Kulturimperialismus mit Entwicklungspolitik betrei-

ben und wie ein solidarisches nachhaltiges Handeln unter der Einhaltung universelle Werte, wie der Einhaltung der Menschenrechte?

Das Projekt Internationales wird von uns als Querschnittsthema betrachtet und bietet als solches viel Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Projekten, denn es hat sich gezeigt, dass Ziele wenn man sich nicht in einem nationalistischen Standortwettbewerb wieder finden will - Landkreis gegen Landkreis, Land gegen Land – , nur international gelöst werden können.

III. Projekt Wirtschaft

Etwa 150 Kommunen in Niedersachsen verfügen über defizitäre Haushalte und die Zukunft sieht nicht besser aus, da das Land mit seinen Zuweisungen weiter sparen wird um die Schuldenbremse einhalten zu können.

Die schlechte Lage der Kommunen liegt jedoch nicht daran, dass die Politikerinnen und Politiker in den Rathäusern nicht haushalten können, sondern daran, dass ihnen immer mehr Geld durch Steuer-senkungen verloren geht und sie dies nicht selbst beeinflussen können. Denn nur der Bund und die Länder bestimmen über die Steuern. Einige Möglichkeit für die Kommunen sind die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer.

Um den Kommunen wieder mehr finanzielle Möglichkeiten zu bieten ist, eine Reform der Gewerbesteuer dringend notwendig. Bisher müssen nur gewerbliche Unternehmen diese Steuer abführen, nicht jedoch selbstständig tätige Personen, wie z.B. Anwältinnen und Anwälte, Apothekerinnen und Apotheker und Ärztinnen und Ärzte.

Hier ergibt sich ein erster Ansatzpunkt für eine Reform. Diese Möglichkeit soll im Projekt diskutiert werden und weitere Reformvorschläge sollen erarbeitet werden.

IV. Projekt Kampf gegen Rechts

Wir Jusos sehen uns als internationalistischen, sozialistischen und feministischen Richtungsverband. Für uns ist menschenfeindliches rechtes Denken nicht akzeptabel. Rechtes Denken blockiert das Wachsen einer freien, internationalen, emanzipierten und solidarischen Gesellschaft. Wir stellen uns gegen jeden Ansatz rechten Gedankenguts. Das Projekt Kampf gegen Rechts setzt es sich zum Ziel, die Menschen für das antifaschistische Denken zu mobilisieren. Durch Seminare, Schriften und Bereitschaft zum Dialog wollen wir für dieses Thema sensibilisieren. Des Weiteren will das Projekt für Antinazi-Demos und weitere antifaschistische Aktionen mobilisieren.

V. Projekt Netzpolitik

Die Netzpolitik als übergreifendes Feld wird gerade für die jüngeren Generationen heute immer wichtiger. Dies kann man/frau auch am Erstärken der Piratenpartei erkennen. Sie konnten bei der diesjährigen Kreiswahlen der Kommunalwahlen fast 100.000 Stimmen und somit 1% der Stimmen in Niedersachsen auf sich vereinigen.

Auch bei den Jusos gibt es viele Mitglieder die sich für das Thema Netzpolitik interessieren. Diese sollen durch das Projekt Netzpolitik die Möglichkeit haben sich zu treffen und über aktuelle Themen im Bereich Netz zu diskutieren.

Erste Themen sollen unter anderem die Altersklassifizierung von Websites und der freie Netzzugang für jede/jeden sein.

Weiterhin stellt sich im Bereich Netzpolitik auch die Frage der Bildung, denn Kindern und Jugendlichen fehlt es derzeit in Deutschland noch an Medienkompetenz um entscheiden zu können welche Inhalte gut für sie sind und was sie in sozialen Netzwerken über sich preisgeben möchten. Auch dieser Bereich sollte daher mit in die Diskussionen mit einfließen.

VI. Juso-Frauenforum

Frauen stellen in unserem Verband noch immer eine Minderheit dar, aus diesem Grund haben wir das Juso-Frauenforum ins Leben gerufen. Diese autonome Frauenstruktur vernetzt die Frauen in unserem Bezirk und bietet zusätzlichen Raum für Diskussionen.

Wichtig ist dabei der Erfahrungsaustausch, denn auch wenn Frauen unterschiedlich sind, treffen sie häufig auf ähnliche Situationen. Solidarität ist entscheidend, wenn etwas verändert werden soll, so bietet das Frauenforum Unterstützung im Kampf für Gleichstellung und gegen auftretenden Sexismus in den Unterbezirken. Bei den regelmäßigen Treffen wird über frauenpolitische Inhalte informiert und diskutiert. Zusätzlich soll noch Platz für ergänzende Veranstaltungen bleiben. Die Vernetzung mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ist für das Frauenforum besonders von Bedeutung. Die Juso-Frauen müssen verstärkt in der AsF auftreten, denn wer kennt die Belange der jungen Frauen besser als die jungen Frauen selbst?

VII. Projekt Umwelt

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen Umweltpolitik nicht als isoliertes Politikfeld, sondern als wichtigen Teil einer sozial verantwortlichen und nachhaltigen Politik. Dabei umfasst der Begriff der Umweltpolitik für uns mehr als Naturschutz, Energie- und Klimapolitik. Nur mit einem gesamt Konzept für einen zukunftssicheren Umbau der Energiewirtschaft und für eine nachhaltige ökologische und sozial verträgliche Industriepolitik können wir soziale Sicherheit, ökonomische Stabilität und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen erreichen.

In den letzten Jahren haben wir uns intensiv mit dem Themenfeld Energie beschäftigt, dieses wollen wir, insbesondere mit Blick auf die Asse und Schacht Konrad auch weiter verfolgen und uns natürlich auch weiterhin im aktiven Widerstand einbringen.

Darüber hinaus wollen wir uns mit der Lebensmittelproduktion beschäftigen. Wie stehen wir zu industrieller Massentierhaltung und wie ist die Gentechnik vor dem Hintergrund eines steigenden Welthungers zu beurteilen, sollen in diesem Zusammenhang nur zwei der Eckbausteine darstellen.

VIII. Projekt Bildung

Die Bildung ist besonders in einem rohstoffarmen Land das wichtigste Gut. Nur wenn in die Bildung investiert wird, kann nachhaltig Wohlstand erhalten werden. Aber nicht nur ökonomisch spielt die Bildung eine wichtige Rolle. Nur durch ausgeprägte und freie Bildung können wir die vielfältige und bunte Kultur erhalten und weiter ausbauen. Hürden der Intoleranz und Unfreiheit können so abgebaut werden. Das Projekt Bildung will gezielt SchülerInnen und StudentInnen, aber auch andere Interessierte, ansprechen. Gemeinsam wollen wir Strategien und Projekte entwickeln, um die Bildungsmöglichkeiten zu verbessern. Besonders im Hinblick auf die Landtagswahl 2013 wollen wir auch mit eigenen Aktionen auf die furchtbaren Bildungsmöglichkeiten in Niedersachsen hinweisen. Niedersachsen ist eines der letzten Bundesländer mit Studiengebühren. Wir wollen uns eindeutig gegen diese ungerechten Bildungsschranken einsetzen, BürgerInnen davon überzeugen und mit dazu beitragen, dass die Schwarz-Gelbe Landesregierung abgewählt wird. Des Weiteren ist es unser Ziel weitere Gesamtschulen zu errichten. Weitere inhaltliche Schwerpunkte werden in den ersten

Sitzungen besprochen.

Unser Ziel ist es darüber hinaus, alle Unterbezirke im Bezirk Braunschweig einzubinden und zu re-ger Teilnahme zu animieren. Das Projekt Bildung soll nicht nur von einigen wenigen Unterbezirken getragen werden. Über eine starke Bildungsarbeit von Gifhorn bis Osterode wollen wir zudem auch SchülerInnen und StudentInnen für unsere Arbeit begeistern.

Antragstellerinnen: Juso-Bezirksvorstand

A 2: Gleichstellungsarbeitsprogramm 2011/12: „Heute für morgen Zeichen setzen“

1. Jusos – ein feministischer Richtungsverband

Feminismus ist laut Encyclopaedia Britannica nur: *“the belief in the social, economic and political equality of the sexes”*.

Für uns ist es jedoch viel mehr. Feminismus ist die Zusammenfassung vieler unterschiedlicher Debatten und sozialen Kämpfe rund um die Überwindung alter Machtstrukturen (Patriarchat) und Geschlechterdiskriminierungen. So kämpfen wir Jusos für eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt, gleich, frei und solidarisch miteinander leben. In dieser Vorstellung ist auch begründet, dass wir kein „typisch weibliches“ oder „typisch männliches“ Verhalten kennen, denn dies sind Verhaltensunterschiede, welche durch geschlechtsspezifische Sozialisation und Aufgabenteilung begründet sind.

Die im Feminismus geforderte Gleichstellung von Mann und Frau ist in einem kapitalistischen System nicht möglich, denn der Kapitalismus und das Patriarchat basieren auf Unterdrückung und Ungleichheit der Menschen. Somit beinhaltet der Feminismus auch eine systemüberwindende Strategie und ein gewisses kämpferisches Element.

Dennoch sind Frauen und Männer im Kapitalismus selbst dann nicht gleichgestellt, wenn sie der herrschenden Klasse angehören. Hier wird deutlich, dass das Patriarchat nicht mit Zerfall des Kapitalismus erledigt ist, sondern als unabhängiger Unterdrückungsmechanismus bekämpft werden muss.

„Ein Sozialist ist ein Feminist, oder er ist kein Sozialist“ (August Bebel).

2. Frauen – Sexualität – Gewalt: Gleichstellung nicht nur ökonomisch!

Auch 100 Jahre, nachdem der erste internationale Frauentag begangen wurde, leiden weltweit noch immer Frauen unter patriarchalen Strukturen. Dies äußert sich auf unterschiedlichste Weise und in unterschiedlichen Graden der gesellschaftlich akzeptierten oder sogar geförderten Gewalt. Das Juso-Frauenforum wird sich deshalb im nächsten Jahr mit dem Thema: Frauen – Sexualität – Gewalt auseinandersetzen und darüber informieren. Die folgenden Bereiche geben einen kurzen Überblick darüber, dass die Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen nicht nur auf ökonomischem Wege funktioniert. Ziel soll nicht dabei sein, das eine gegen das andere auszuspielen, sondern andere Seiten von Unterdrückung und Diskriminierung aufzuzeigen.

a) Sex ja – Verantwortung nein: Verhütung ist immer noch Frauensache?!

Am 1. Juni 1961 kam "Anovlar", die Pille, auf den deutschen Markt und wurde als Auslöser der sexuellen Befreiung gefeiert. Bei den Frauen schwand jedoch nach einiger Zeit die Pilleneuphorie. Viele klagten über die Nebenwirkungen der hohen Hormondosen: Blutgerinnsel, Gewichtszunahme, das Schlaganfallrisiko stieg. Auch heute sind die Folgen dieser jahrelangen Hormoneinnahme z.B. im Bezug auf ein steigendes Krebsrisiko nicht abzusehen. Zudem kommt noch, dass die Pille die Frau sexuell instrumentalisiert.

Insbesondere in festen Beziehungen dominiert „weibliche“ Verhütung: Frauen vertrauen auf Verhütungsmittel, während Männer Frauen vertrauen. So haben sich die Männer schnell daran gewöhnt, das Thema Verhütung mit der Unterhose abzustreifen.

Klar, Frauen kriegen die Kinder. Also sollen sie sich auch um die Verhütung kümmern! Wer heute noch schwanger wird, ist selbst schuld! Männer werden hier völlig aus ihrer Verantwortung entlassen, denn diese Vorurteile lassen eines außer Acht: Schwanger wird eine Frau nicht von alleine.

Frauen werden nicht nur in Sachen Verhütung, sondern auch bei einer Abtreibung von ihren Partnern häufig allein gelassen und allein kriminalisiert.

Auch ist davon auszugehen, dass der Sexualunterricht in der Schule nicht ausreichend ist. Immer noch gibt es ein großes Wissensdefizit bei jungen Menschen im Bereich der Sexualität. Die Folgen hierfür tragen meist die Mädchen und Frauen. Eine ungewollte Schwangerschaft und eine eventuell daraus resultierende Abtreibung ist körperlich aber vor allem psychisch eine enorme Belastung.

b) Weiblichkeit, Sexualität und Medien

Auch heute noch werden viele junge Mädchen in der Familie nicht richtig aufgeklärt. Frauenbild und Weiblichkeit werden zunehmend durch die Massenmedien beeinflusst. Primär prägend sind jedoch die sozialen Milieus. Materielle Benachteiligung und Bildungsferne sind für die Ausbildung einer emanzipierten Weiblichkeit nachteilig.

„Sex sells“ scheint das neue Werbemotto zu sein. Allerdings verbirgt sich meist Sexismus dahinter“. Oft dient die Frau -in der Werbung für Männerprodukte-als Objekt der Begierde. Teilweise geht das so weit, dass die Frau zur Ware zu werden scheint. Sexismus in der Werbung reicht von Rollenklischees bis zur Verharmlosung von Gewalt an Frauen.

Auch beim Sport macht der Sexismus keinen Halt. So sind seit Jahren die Bekleidung der Beachvolleyballerinnen immer winziger geworden, ebenso beim Tennis und beim Volleyball. Diese Tendenz ist nur bei den Frauen in bestimmten Sportarten festzustellen.

Doch auch wenn halb nackte Frauen in unserer Gesellschaft als Werbefiguren oder als Anschauungsobjekte (siehe „Bild-Seite1-Girl“) dienen, so wird ihre eigene Sexualität doch tabuisiert. Dieses Verhalten beginnt bereits im Kleinkindalter. Zu diesem Zeitpunkt hat das männliche Geschlechtsteil einen Namen, über das weibliche hingegen wird geschwiegen.

Auch wird später unter Freundinnen nicht mit der eigenen sexuellen Aktivität geprahlt wie es jedoch bei den Männern zum Teil üblich ist. Sollte jedoch eine Frau uneingeschränkt zu ihrer Sexualität stehen, wird sie als Schlampe abgetan, oder es wird vermutet, dass es sich bei ihr um einen Mann handeln muss (Beispiel: Lady Gaga).

Dieses Schweigen führt dazu, dass Mädchen und auch Frauen zum Teil keine wirkliche Beziehung zu ihrer Geschlechtlichkeit aufbauen können. Daraus resultieren dann wieder die sexuellen Mythen der Gegenwart und eine wieder ansteigende Zahl von Teenagerschwangerschaften.

c) Sexuelle und sexualisierte Gewalt – Gewalt ist kein Spaß

Frauen werden nach wie vor überdurchschnittlich oft Opfer von (häuslicher) Gewalt. Es werden bundesweit jährlich ca. 13.000 Fälle von sexueller Nötigung bzw. Vergewaltigung angezeigt. Die Dunkelziffer wird auf das Zehn-bis Zwanzigfache geschätzt. Schuld an einem Übergriff ist immer der Täter, nie das Opfer. Sex muss immer freiwillig sein.

Wenn eine Frau Nein sagt, bedeutet das auch Nein, egal, was vorher geschehen ist.

Das Motiv für sexualisierte Gewalt ist nicht Sexualität, sondern Macht. Sexualität wird funktionalisiert, um Frauen und Mädchen zu demütigen, sie zu erniedrigen und zu unterdrücken, mit dem Ziel, sich selbst als mächtig zu erleben.

Sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen hat viele Erscheinungsformen. Sie beginnt mit der "alltäglichen Anmache", mit frauenfeindlicher Sprache, Witzen und Beschimpfungen, die wohl jede Frau und jedes Mädchen kennt und die oftmals nicht einmal als Gewalt definiert wird, eben weil sie so häufig vorkommt, dass sie wie normal erscheint. Diskriminierungen verschiedener Art begegnen Frauen in der Werbung, in den Medien, im Internet etc. und Mädchen und Frauen sind in vielfältigen Situationen von tätlicher sexualisierter Gewalt bedroht: Sexuelle Belästigungen im Alltag, am Telefon und am Arbeitsplatz sind keine Ausnahmefälle.

Gewalt beginnt dort, wo Mädchen und Frauen in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt werden, also bereits dann, wenn sie bestimmte Orte, Wege oder Situationen meiden müssen, um nicht beleidi-

digt, belästigt oder bedroht zu werden.

d) Stalkinggesetz geht nicht weit genug

Besonders Frauen, die Stalkingopfer sind, müssen immer vor Gewalt geschützt werden und nicht mehr nur bei physischer Gewalt sondern auch bei psychischer Gewalt, denn sie ist genauso unzumutbar. Es darf nicht immer erst dann dem Stalkingopfer geholfen werden, wenn sie oder nahestehende Personen durch den Täter geschädigt werden, sondern wenn schon eine geringe Einschränkung der Stalkingopfer im Leben durch den Täter besteht. Mit dem §238 StGB „Nachstellungen“ geht es zwar schon in die richtige Richtung, jedoch wird es den Opfern immer noch schwer gemacht sich gegen die psychische Gewalt zu wehren und die Täter gerecht zu bestrafen.

e) Menschenhandel – Sexarbeit für Europa

Betroffen von Menschenhandel sind fast ausschließlich Frauen, die zur Sexarbeit gezwungen werden sollen. Gelegentlich werden diese Menschen verschleppt, meistens jedoch in ihrer Heimat ihrer Lebensgrundlage beraubt und anschließend zunächst mit Hilfe von Lügen, später mit Gewalt zur Migration genötigt. Im Zielland erwartet alle ein ähnliches Schicksal. Sie geraten in Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse. Besonders der Umfang der sozialen Abhängigkeit macht die Frauen erpressbar.

Eine Rückkehr ins Herkunftsland ist für viele Menschenhandelsopfer sehr gefährlich. Ständig müssen sie fürchten, denen zu begegnen, die den Menschenhandel organisiert haben. Ein Leben in der Heimat ist nicht mehr möglich. Das Wissen über ihre Situation und die erfahrene Gewalt und Demütigung rufen ein generalisiertes Misstrauen, emotionale Abstumpfung daraufhin Identitätsverlust hervor.

Der zu erhaltende Aufenthaltsstatus bei einer Eheschließung ist für statuslose Frauen der dauerhafte Ausweg aus einem Leben in der ständigen Angst vor sexuellen Übergriffen und ums Überleben. Es hat sich mittlerweile ein organisierter Markt zur Vermittlung von Scheinehen aufgebaut, indem der Mensch in gestaffelten Preiskategorien angeboten wird. So kommen die Frauen wieder zurück in die Abhängigkeit und in vielen Fällen wieder in ein ausbeuterisches Verhältnis.

f) Genitalverstümmelung – ein grausames Ritual

Überall auf der Welt leiden Frauen und Mädchen unter einer Genitalverstümmelung. Hierunter versteht man die Beschneidung der weiblichen Genitalien. Bei der die weibliche Geschlechtsteile teilweise oder ganz entfernt werden. Die Eingriffe erfolgen vom Säuglings- bis ins Erwachsenenalter; in den meisten Fällen jedoch vor Beginn oder während der Pubertät.

Die betroffenen Frauen leiden ihr ganzes Leben unter diesem Eingriff. Die Beschneidung selbst verursacht starke Schmerzen und kann Infektionen führen, da sie nicht unter hygienischen Bedingungen vorgenommen werden und dass Schneidewerkzeug für mehr als eine Frau/ein Mädchen benutzt wird. Die Beschneidung führt zu einem verminderten Lustempfinden bzw. Schmerzen beim Sex und beim Urinieren.

Von den Betroffenen wird jedoch in Befragungen vorgebracht, dass sie keinerlei Einschränkungen haben, jedoch ist hier zu bedenken, dass so gut wie alle Frauen vor der Pubertät beschnitten werden und somit nur den Sex nach der Beschneidung kennen. Als Begründung für die Beschneidungen wird neben dem Willen zur Verminderung des Lustempfindens der Frau auch angegeben, dass die Frauen daran gehindert werden sollen ihre Jungfräulichkeit vor der Ehe zu verlieren oder später ihrem Mann fremd zu gehen. In Deutschland leben Frauen, welche beschnitten sind und auch in Deutschland laufen schätzungsweise 4.000 Mädchen unter 15 Jahre Gefahr beschnitten zu werden oder für eine Beschneidung in das Heimatland ihrer Eltern gebracht zu werden.

3. Frauen in der SPD

Auch in der eigenen Partei sind wir noch weit von Gleichstellung entfernt und der Wille, Frauen ernsthaft zu beteiligen, oftmals nicht sehr ausgeprägt. So treffen sich in manchen Ortsvereinen oder Fraktionen die weiblichen Mitglieder schon eine halbe Stunde vorher, um Schnittchen für die Sit-

zungen vorzubereiten.

Im Vorfeld dieser Kommunalwahl mussten wir wieder feststellen, dass die vorgeschriebene alternierende Liste immer wieder zugunsten von Männern ausgehebelt wurde. Das heißt, dass die abwechselnde Reihenfolge von Mann-Frau oder Frau-Mann bei aufeinander folgenden Listenplätzen schlichtweg übergangen wurde. Darüber hinaus haben die wenigsten Listen eine Frau an der Spitze. Dieses große Problem können wir nun am Frauenanteil der Fraktionen ablesen.

Frauen werden häufig nur bestimmte Aufgaben zugetraut und bestimmte Eigenschaften zugebilligt und sind demnach nur bedingt für Politik oder nur für bestimmte Politikbereiche, wie Familie und Soziales, geeignet. Häufig trauen Frauen sich die Aufgaben auch selber nicht zu, obwohl sie dafür geeignet sind. In beiden Fällen besteht enormer Handlungsbedarf innerhalb der Partei.

Dass die SPD von außen – und von innen – wie ein „Alte-Männer-Verein“ scheint, hier doch nicht mehr überraschend.

Endlich muss auch in der SPD ankommen, dass die in der Gesellschaft bestehenden Probleme genauso in der Partei existieren. Das mag banal klingen, ist aber noch nicht bei allen angekommen. Daran haben verschiedene Probleme ihren Anteil:

Strukturen

Das typische Bild eines gelungenen Parteitages sind lange hitzige Debatten, in denen sich die Kontrahenten nach Art römischer Senatoren die Meinung sagen. Natürlich darf auch eine lange Ansprache des Vorsitzenden nicht fehlen, der mal richtig sagt, wo es lang geht. – Jemand spricht, der Rest hört zu. Je lauter, desto besser! Erst wenn der politische Gegner so richtig in die Pfanne gehauen wird, kommt Parteitagstimmung auf.

Ist diese Art, Parteitage abzuhalten neutral oder erscheint, wenn man die Beschreibung liest, vor dem geistigen Auge ein älterer Mann, der politische Erfahrung mitbringt und gerne große Reden schwingt? (z.B. Modell Wehner) Kann es sein, dass diese Art zu gemeinsamen Positionen zu finden, Einzelakteure in den Vordergrund stellt, statt es darauf anzulegen, dass jede Meinung gehört wird und Argumente nicht nur ausgetauscht, sondern auch ernst genommen werden? Zum Beispiel auch die von Frauen, jungen Menschen und Leuten, die nicht so gut deutsch sprechen? Mensch braucht nicht erst eine Statistik über die Redezeit von Frauen und Männern auf Parteitagen zu erstellen, um herauszufinden, dass diese Art der Kommunikation hauptsächlich von Männern wahrgenommen wird.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei Sitzungen: hier kommen einige Wenige oft zu Wort, weil sie zu allem etwas zu sagen haben und gern alles in ihren eigenen Worten wiederholen, während eher zurückhaltende GenossInnen schlicht übergangen werden.

Wir wollen, dass ALLEN zugehört wird, auch wenn sie leise reden und keine Totschlagargumente vortragen.

Die „Qualifikation“ von KandidatInnen für Wahlämter

Wann ist jemand für ein Amt qualifiziert? – Wenn ER gut reden kann und Durchsetzungsvermögen hat! ER sollte auch mal auf den Tisch hauen können. Es braucht einen starken Mann. Eine Führungspersönlichkeit mit Autorität. Wer das nicht hat, lässt sich leicht über den Tisch ziehen. Es ist sicher Zufall, dass diese „positiven“ politischen Eigenschaften allgemein eher Männern zugeschrieben werden. Oft hört man in diesem Zusammenhang (zum Beispiel vom ehemaligen Generalsekretär der SPD): „Politik ist eben so. Wer nichts vertragen kann, hat hier nichts zu suchen.“ Das ist richtig. Politik ist so. Aber muss sie so sein? Soll sie so sein? Wollen wir, dass sie so ist?

Eine Glorifizierung des Machtwortes über Kompromisse ist nicht mit unseren Grundsätzen vereinbar. Jedes Mal, wenn etwas hart durchgesetzt wird, fallen abweichende Meinungen unter den Tisch – sie werden ignoriert. Dies ist nicht unser Bild vom politischen Miteinander.

Ein weiteres Phänomen in unserer Partei ist, dass Frauen zweite Wahl zu sein scheinen. Heide Simonis, die erste weibliche Ministerpräsidentin in Deutschland, hat es folgendermaßen ausgedrückt: „Als Frau kann man in der Politik nur etwas werden, wenn Männer aus der Kurve fliegen. Man

muss nur in der richtigen Kurve stehen.“ Dies kann nicht unser Anspruch an geschlechtergerechte Politik sein.

4. Wichtige Errungenschaften in der Partei beibehalten

a) Frauen in Entscheidungsgremien

Die Quote ist nach wie vor ein geeignetes Mittel, um Frauen wenigstens pro forma durch die Ämtervergabe zu integrieren. Kern der Quote ist aber nicht, den Frauen Posten zu sichern, sondern sicher zu stellen, dass in der Partei und in unserem Verband die Stimme der Frauen gehört wird. Wie oben beschrieben, haben in dieser Gesellschaft Frauen andere Probleme als Männer. Auch wenn Frauen keine einheitliche Gruppe bilden, sind bestimmte Themen quer durch die Gruppe relevant. Wenn es also „Quotenfrauen“ gibt, dann hat dies den Sinn, Frauen an der Politik, die ihr Leben bestimmt, zu beteiligen.

Doch es nützt alles nichts, wenn man danach nicht bereit ist, diesen Frauen eine echte Gelegenheit zur Äußerung zu geben, sie in die Arbeit einzubinden und ihre Ideen zu hören. Wenn eine „Quotenfrau“ eine „Quotenfrau“ bleibt, ist das vor allem die Schuld des Restvorstandes. – Dieser hat sich nicht oder nicht mit den richtigen Mitteln um eine Einbindung bemüht. Häufig fehlt der Wille, Frauen wirklich einzubinden, besonders wenn die eigene Machtposition davon abhängt.

Der Begriff „Quotenfrau“ an sich ist schon sexistisch: bei Männern wird gar nicht diskutiert, ob dieser in der Lage ist, seine Aufgabe richtig auszufüllen, deshalb werden Quotierungen zugunsten von Männern häufig ausgehebelt. Wir haben den Anspruch, dass jede und jeder bei ihrer oder seiner Arbeit unterstützt wird und Möglichkeiten erhält, sich weiterzuentwickeln. Dies schließt pauschale Urteile über die politische Arbeit einzelner aus.

b) Die ASF

Solange die Interessen von Frauen in unserer Partei unter den Teppich gekehrt werden und von neutralen Strukturen nicht die Rede sein kann, solange muss es Frauen erlaubt sein, sich in der Partei für ihre Belange gemeinsam zu organisieren. Dazu gehört auch eine finanziell ausreichende Förderung – sonst bleibt alles Gerede über die „Frauenpartei“ SPD bloß heiße Luft. Dennoch sind viele Probleme noch nicht gelöst. Hieran müssen wir arbeiten. Nur wenn wir bei uns selbst echte Gleichstellung schaffen, können wir diese Idee auch auf die Gesellschaft übertragen. Die ASF ist dabei weiterhin für uns Jusos als Partnerin unverzichtbar.

5. Für mehr Jungsozialistinnen

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten haben die Möglichkeit, mehr Frauen an unserer politischen Arbeit zu beteiligen und ihre Meinung zu hören. Dazu gehört, dass Frauenplätze in Vorständen nicht freigelassen werden. Die Chance bei den Jusos mitzuarbeiten ist glücklicherweise nicht an Vorstandsposten gekoppelt.

Bei Kooptierungen, also der Kooperation mit nicht Vorstandsmitgliedern zu bestimmten Themen, muss ebenfalls auf eine Quotierung (mindestens 40% Frauen) geachtet werden. Auch bei Seminaren muss auf eine möglichst gleiche Beteiligung beider Geschlechter hingewirkt werden. Dies gilt besonders bei beschränkten Teilnahmezahlen und inoffiziellen Veranstaltungen und Kungeltreffen. SeminarleiterInnen und eingeladene ReferentInnen sollten ebenfalls quotiert sein, sodass sich über das Jahr hinweg ein Gleichgewicht ergibt. Seminarregeln sollen den angenehmen Umgang sicherstellen.

„Wir haben aber nicht genug Frauen“ heißt es häufig, wenn es um die Vergabe von Vorstandsposten geht. Das dies erkannt wird ist schon mal gut, doch muss als Konsequenz die Vorstandsgröße durch Übergehen der Quote künstlich aufgebläht werden?

Als Konsequenz sollte eher die Frage gestellt werden, warum so wenig Frauen da sind. Es gibt bereits einige Mittel für die Juso-Sitzungen, um eine angenehme Arbeitsatmosphäre zu schaffen, dazu

gehören zum Beispiel keine langen Monologe zu halten, das Aussprechen lassen, sexistische Sprüche zu unterlassen und quотиerte Redelisten zu nutzen. Um alle Mitglieder einzubinden ist eine einfache und auch erklärende Sprache nötig, auch Abkürzungen sind zu vermeiden oder zu erläutern. Und außerdem: „Es gibt keine dummen Fragen nur dumme Antworten!“ Bei den Bezirksvorstandssitzungen und auch in einigen Unterbezirken werden solche Mittel bereits angewandt.

Bei der Planung von Aktionen oder geselligen Runden sollte die Einbindung von Frauen bedacht werden und das heißt nicht, dass beim nächsten Grill- und Saufgelage oder Kicker-Stammtisch eine Flasche Prosecco auf den Tisch gestellt wird. Hier gilt es eigenes Verhalten zu hinterfragen und hier ist unsere Kreativität gefragt.

Wie können wir Frauen für unseren Verband werben und sie einbinden. Dies wird eine Fragestellung sein, der wir uns gemeinsam mit dem Juso-Landesverband widmen werden.

„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“

B 1: Für Förderung der Einwandererkinder im deutschen Bildungssystem!

Aktuell macht jedes dritte deutsche Kind Abitur, allerdings nur 10% der Menschen mit Migrationshintergrund. Hieran kann man die sozialen Ungleichheiten erkennen, welche aufgrund von nicht ausreichender früher Förderung von Bildungschancen besteht. Die Menschen mit Migrationshintergrund sollten mehr wertgeschätzt und gefördert werden, um soziale Benachteiligungen abzubauen. Die Vielfalt der angebotenen Sprachen in den Schulen bei den Lehrerinnen und Lehrern sind begrenzt und würdigen nur zum Teil den kulturellen Hintergrund, der in unserer Gesellschaft vorhanden ist. Zudem wird Deutsch als Fremdsprache nur in Kindergärten und Grundschulen angeboten, welches eine wichtige Voraussetzung für Schulabschlüsse und gesellschaftliche Integration darstellt. Die Anforderungen und Wünsche der Menschen mit Migrationshintergrund werden von den Erziehungs- und Bildungsinstitutionen nicht erfüllt.

Wir fordern:

Die kulturellen Sprachen der Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben, sollten verstärkt an Universitäten als Lehramtsstudium angeboten werden.

Es sollten Deutschkurse durchgehend vom Kindergarten bis zum Schulabschluss kostenlos angeboten werden.

Die Vernetzung von MigrantInnen-Organisationen, Jugendhilfen und Sozialarbeit muss weiter ausgebaut werden, um die Betroffenen mit Angeboten zu unterstützen.

Begründung:

Durch ein vielfältigeres Angebot der Sprachen an Hochschulen kann eine nachhaltige und wertschätzende Integration der Menschen mit Migrationshintergrund geleistet werden.

Die Integrierte Gesamtschule Weststadt bietet als ersten Anfang Russisch an, welches im Abitur als Prüfungsfach eingebracht werden kann, so dass dadurch die Bildungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund in der Schule verbessert werden. Dies führt zu einer Steigerung der Menschen mit einem qualifizierten Schulabschluss und dient zum Abbau von Benachteiligungen. Zur besseren Integration von Einwandererkindern und Menschen mit Migrationshintergrund sollten Deutschkurse kostenlos angeboten werden für die Erhöhung der Chancengleichheit in Schule, Hochschule und Beruf.

Die angebotenen Beratungsstellen sollten gezieltere Hilfestellung für die Probleme der Menschen mit Migrationshintergrund anbieten, was eine Integration erleichtern würde. Wir denken, dass mehr interkulturelle Angebote und Vernetzung der Beratungsstellen für diese Zielgruppe geschaffen werden müssen, um die kulturelle Vielfalt und mehr passende Angebote für die bestehenden Probleme dieser Menschen zu bieten.

AntragsstellerIn: Juso-Bezirksvorstand

O 1: Der Bezirk ist die Summe seiner Unterbezirke

Die Konferenz möge beschließen:

Die Kommunikation im Juso-Bezirk Braunschweig soll verbessert werden. Hierzu leisten sowohl der Bezirksvorstand als auch die Unterbezirke ihren Beitrag, denn nur wenn wir zusammen arbeiten, können wir das Maximale für unsere politische Arbeit erreichen.

Der Bezirksvorstand:

- bietet Raum zur inhaltlichen und organisatorischen Mitarbeit
- bietet Schulungsangebote
- bietet Raum für den Erfahrungsaustausch
- bietet auf Anfrage Unterstützung bei Problemen
- bietet auf Anfrage Unterstützung bei der Planung von Konferenzen und Veranstaltungen
- bietet Raum für Rückmeldungen in Form von Kritik, Lob und Verbesserungsvorschlägen
- besucht die Unterbezirke vor Ort
- bietet Übersicht über alle Bezirkstermine
- bietet Unterstützung bei der Terminierung von Konferenzen und Mitgliederversammlungen
- informiert über Veranstaltungen und Sitzungen über den E-mail-Verteiler
- sendet Protokolle der Vorstandssitzungen über den E-mail-Verteiler

Die Unterbezirke:

- senden mindestens eine Vertreterin oder einen Vertreter zu jeder Bezirksvorstandssitzung. Ansonsten senden sie eine Entschuldigung an die/den BetreuerIn und den/die Bezirksvorsitzende
- geben Bedarf an bestimmten Schulungen an.
- zeigen Interesse an der gemeinsamen Arbeit und dem Austausch
- berichten von ihrer Arbeit
- bitten bei Bedarf den oder die Betreuerin um Unterstützung bei Problemen
- bitten bei Bedarf den oder die Betreuerin um Unterstützung bei der Planung von Konferenzen und Veranstaltungen
- nehmen an den Treffen der UnterbezirksvertreterInnen teil
- Nennen einen/eine Verantwortliche für die Termineingabe in den Google-Kalender
- nehmen bei der eigenen Planung Rücksicht auf der Termine des Bezirks und halten bei der Terminierung von Konferenzen und Mitgliederversammlungen Rücksprache mit dem Bezirksvorstand.
- nehmen die Bezirksvorstandsmitglieder und die Unterbezirksvorsitzenden/-sprecherInnen in ihre E-mail-Verteiler auf
- lädt den Bezirksvorstand und die Unterbezirksvorsitzenden und SprecherInnen zu Konferenzen ein.

R1: Regionalpolitisches Manifest des Juso-Bezirks Braunschweig

*„Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr
Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ (Karl Marx)* gesellschaftliches

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Bezirk Braunschweig haben dieses Manifest auf unseren Seminaren und in unseren Projekten entwickelt. Es ist das Ergebnis der Diskussionen, die wir während des letzten Jahres auf Bezirksebene über die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Aufgaben der Kommunen und den ÖPNV gemeinsam geführt haben.

Es orientiert sich an **sozialdemokratischen Grundwerten**, der Selbstentfaltung und Selbstbestimmung des Individuums im Rahmen einer solidarischen Gesellschaft, in der einzelne Menschen und die sozialen und kulturellen Gruppen gleichberechtigt, friedlich und solidarisch zusammen leben können.

Es enthält Ansichten, Meinungen und Ideen, die jungen Menschen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich bei den Jusos und in der SPD engagieren, im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung ihrer Region und ihren Kommunen wichtig sind.

Dieses Manifest formuliert ohne den Anspruch auf Vollständigkeit die Ziele unseres kommunal- und regionalspezifischen Handelns, indem es einen Rahmen und Ziele jungsozialistischer Politik setzt. Die konkrete inhaltliche Umsetzung unserer Ansätze muss in der Kommunalpolitik unserer neuen Kommunen durch kommunalpolitisch aktive Jusos in Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie sowie gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern erfolgen. Gleichzeitig verbinden die hier angeführten politischen Forderungen kommunalpolitische mit bundespolitischen Themen, um unseren gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch und unseren Veränderungswillen zu zeigen. In diesem Zusammenhang drückt dieses Manifest unser Bekenntnis zur öffentlichen Daseinsvorsorge, zum öffentlichen Personennahverkehr, zur Rekommunalisierung privatisierter Güter und Dienstleistungen, einer sozialen Kommune, einer integrativen Bildungspolitik, zum Kampf gegen rechtsradikales Gedankengut und menschlichen Freiräumen aus.

I. Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge als Handlungsprinzip

Die öffentliche Daseinsvorsorge garantiert den gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang aller zu den Dienstleistungen, die für das gesellschaftliche Zusammenleben sowie ein selbst bestimmtes Leben des Einzelnen wichtig sind. Wir sehen die öffentliche Daseinsvorsorge als zentralen Bestandteil einer gerechten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Sie sichert die Bedingungen des Prinzips der „Guten Arbeit“ für die Belegschaft, langfristige Investition in die Infrastruktur, Investitionen in zukunftsorientierte Projekte sowie die Mitbestimmung in den öffentlichen Betrieben.

Im neoliberalen Gedankengut herrscht der Irrglaube, öffentliche Aufgaben können in einer Wettbewerbssituation effektiver organisiert werden und so allen Menschen günstig zur Verfügung gestellt werden. Deshalb vertreten sie die Ideologie des schlanken Staates, die einen weitgehenden Rückzug des Staates beinhaltet. Auf Basis dieser Ideologie wurde seit einigen Jahrzehnten eine Vielzahl von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, die die öffentliche Hand allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt hat, massiv abgebaut. Da viele Bereiche der Daseinsvorsorge jedoch durch

die private Wirtschaft kaum gewinnbringend gestaltbar sind, ist eine Angebotsreduzierung, eine Aussetzung von Investitionen sowie ein Preisanstieg die Folge. Dies erhöht soziale Ungleichheiten und ungleiche Lebenschancen.

Die SPD versteht Staat und Markt nicht als Gegensätze, sondern sieht den Staat als Mittel der politischen Gestaltung. Dem Staat obliegt deshalb die Verantwortung, den diskriminierungsfreien Zugang zu Bereichen der Daseinsvorsorge zu garantieren sie dürfen nicht den Mechanismen des Marktes überlassen werden. Die öffentliche Daseinsvorsorge sichert ein an qualitativen Standards orientiertes, dauerhaftes und verlässliches Angebot. Gerade in strukturschwachen Gebieten sowie im ländlichen Raum trägt sie zur Funktionsfähigkeit des öffentlichen Lebens und durch eine flächendeckende Grundversorgung zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Sie sorgt für die nötige Bereitstellung von Infrastruktur vor Ort.

Viele Kommunen sind verschuldet. Deshalb wird der Verkauf von öffentlichem Eigentum als Mittel zur Sanierung der Haushaltssituation betrachtet. Allerdings wird dadurch nur ein kurzfristiger Stroheffekt erzielt, da die öffentlichen Haushalte durch die Verkaufserlöse nur einmalige Einnahmen erzielen können.

Die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand unterliegt demokratischen Entscheidungsprozessen. Darin liegt eine große Chance angesichts der zunehmenden Zurückdrängung der Demokratie gerade in wirtschaftlichen Bereichen. Beispielsweise kann jede Kommune sich selbst als zukunftsfähiger und lebenswerter Ort neu definieren. Aus diesem Grund kann die Kommune Entwicklungen starten, um individuell kommunale Trends oder kommunale Wiedererkennungsmerkmale zu bilden. Beispielsweise hat sich die Region Hannover zur einer „Klimaschutzregion“ entwickelt oder Göttingen sich als „Stadt, die Wissen schafft“ neu definiert.

Durch Privatisierungen, Teilprivatisierungen und Ausgliederungen von kommunalen Dienstleistungen verliert die öffentliche Hand – und somit die politischen Gremien als Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger – langfristig immer mehr an politischen Kontroll-, Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Beispielsweise hat die Stadt Braunschweig durch die Privatisierungen der BS-Energy und der Stadtentwässerung BS keine direkten Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten mehr in diesen Unternehmen.

II. Nachhaltigkeit als Prinzip unseres Handels

Die Herausforderungen der Globalisierung bedürfen einer Antwort auf den aktuellen grundlegenden Umbruch unserer Gesellschaft. Wir brauchen ein neues Denken und Handeln in allen Politikbereichen. Hier greift das Prinzip der Nachhaltigkeit, das sich auf langfristige, soziale, ökonomische und ökologische Entscheidungen mit Langzeitwirkungen beruft und diese ins Gleichgewicht bringt. Unter dem Prinzip der Nachhaltigkeit verstehen wir ein politisches Handeln, das über die alltäglichen Handlungsbedürfnissen hinausgeht. Bereits heute müssen die Weichen gestellt werden, damit auch zukünftige Generationen gute Lebensbedingungen vorfinden können.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist eine Antwort auf die liberal geprägte Globalisierung, die den freien Markt als Selbstzweck sieht. Gerade durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Jahr 2008 sind dem Irrglauben einer uneingeschränkten Wachstums-Logik Grenzen auferlegt worden. In der Gesellschaft sind die Grenzen des Wachstums bereits mehrheitlich anerkannt. Viele fragen sich, wohin die Gesellschaft steuert. Deshalb brauchen wir eine überzeugende Vision mit einer verlässlichen Langzeitperspektive, an der wir unser aller Handeln und unsere Politik ausrichten. Dem Prinzip der Nachhaltigkeit ordnen wir folgenden Grundprinzipien zu:

1. Nachhaltigkeit heißt, langfristig denken und so handeln. Die Handelsabläufe in der globalisierten Welt werden extrem beschleunigt. Politische Fehlentscheidungen bekommen wir häufig selbst schon früh genug zu spüren. Diese sind somit Folgen nicht-nachhaltiger Entscheidungen.
2. Nachhaltigkeit heißt, vernetzt denken zu können. Klima- und Umweltpolitik stehen nicht im Gegensatz zu Wirtschafts- und Industriepolitik. Außerdem sind für uns Ökologie, Ökonomie und soziale Aspekte nicht Gegensätze, sondern gleichrangige Handelsprinzipien einer nachhaltigen Politik.
3. Nachhaltigkeit heißt, global zu denken und so zu handeln. Als progressive Kräfte unserer Gesellschaft dürfen wir den Konservierern und Konservativen das Feld nicht überlassen. Wir müssen neue Wege gehen, eigene Standards setzen und nicht nur das nachmachen, was andere vormachen. Wir können dadurch zum Zukunftsmotor einer globalen Gesellschaft werden.
4. Nachhaltigkeit muss für jeden Menschen greifbar sein und darf nicht nur von Intellektueller Seite betrachtet werden. Dieses Handeln müssen wir als Prinzip der Nachhaltigkeit in die Gesellschaft tragen.

III. Dem kommunalen Gestaltungsanspruch nachkommen- die Rekommunalisierung vor Ort gestalten

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass sich die mit der Privatisierung verbundenen Erwartungen wie beispielsweise günstigere Preise und bessere Dienstleistungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht erfüllt haben. Der Markt sorgt nicht automatisch für bessere, günstigere und bürgerfreundlichere Dienstleistungen. Mittlerweile lässt sich feststellen, dass viele Kommunen aufgrund ihrer desolaten Finanzsituation öffentliches Eigentum verkauft haben, um damit kurzfristig ihre Haushalte zu konsolidieren.

Die Kehrseite der Privatisierungen zeigt sich unter anderem in höheren Preisen und Gebühren, schlechteren Dienstleistungen, prekären Arbeitsverhältnissen, geringeren kommunalen Einnahmen sowie weniger bzw. fehlender demokratischer Kontrolle durch die kommunalen Parlamente.

In den vergangenen Jahren haben BürgerInnenentscheide unter anderem in Leipzig, Düsseldorf, Berlin und Freiburg gezeigt, dass Unmut und Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen wachsen und der Wunsch, öffentliche Güter und Dienstleistungen zu erhalten, an gesellschaftlicher Unterstützung gewonnen hat.

IV: Formen und Folgen der Privatisierung

Historische Entwicklung

Obwohl seit dem Ende der fünfziger Jahre Unternehmen und Unternehmensanteile aus Staatseigentum veräußert wurden, geriet der Privatisierungsprozess erst in den neunziger Jahren in den Fokus der Öffentlichkeit. Dabei wurden auf der Bundesebene unter anderem die Berliner Industriebank AG, die Deutsche Außenhandelsbank AG, die deutsche Stadtentwicklungsgesellschaft AG, die Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft AG sowie die Bundesdruckerei privatisiert. Auch die Länder und Kommunen führten zahlreiche Privatisierungen durch, wobei hier vor allem die Wasserversorgung, die Entsorgung von Wasser und Müll, Krankenhäuser, der ÖPNV, der soziale

Wohnungsbau sowie Sport- und Kultureinrichtungen betroffen waren.

Ihren Anfang hatte die Privatisierungswelle in Großbritannien während der achtziger Jahre, da dort innerhalb kürzester Zeit im Rahmen der Ideologie des schlanken Staates die Telekommunikation sowie das Gas- und Transportwesen veräußert wurden.

Formen und Folgen der Privatisierung

Unter dem Begriff Privatisierung wird die Übertragung öffentlicher Güter und Aufgaben auf private Anbieter verstanden. Hinter diesem Oberbegriff verstecken sich jedoch zahlreiche Formen, die formal getrennt werden müssen, obgleich sie in der politischen Praxis gleichzeitig auftreten.

Formelle Privatisierung bezeichnet die Änderung der Rechtsform einer ursprünglich öffentlich-rechtlich organisierten Einrichtung, also etwa die Umorganisation der städtischen Wasserwerke in eine Stadtwerke GmbH. Damit muss nicht eine Veräußerung einhergehen, so dass die Gemeinde auch die hundertprozentige Eigentümerin sein kann. Hier werden oft Argumente der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zur Begründung der Umwandlung angeführt. Entscheidend für die politische Bewertung einer formellen Privatisierung sind Transparenz und Kontrolle der Entscheidungen im dann privatrechtlichen Unternehmen sowie die Einhaltung von Standards insbesondere im Bereich der Rechte und Entlohnung der Beschäftigten.

Durch die sogenannte Finanzierungsprivatisierung werden private Mittel zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Aufgaben oder Güter herangezogen. Darunter fallen Kommunalkredite und viele Modelle des Public-Private-Partnership. Diese Form der Privatisierung muss differenziert betrachtet werden: Public-Private-Partnership wird in der politischen Diskussion all zu gerne, häufig auch von Teilen der SPD, als der neue dritte Weg zwischen traditioneller Eigenerbringung einer Leistung durch den Staat einerseits und der vollständigen Privatisierung andererseits angepriesen, von dem alle Beteiligten nur profitieren könnten. Public-Private-Partnership ist jedoch kein neuer Weg, sondern häufig nur der kompromissfähige Zwischenschritt zu einer vollständigen Privatisierung. Wie weitgehend sie ist, hängt entscheidend davon ab, wie durch sie die Eigentumsverhältnisse, die Verfügungsbefugnis und die Kontrolle über das betreffende Gut ausgestaltet werden.

Unter funktionaler Privatisierung versteht man die Übertragung einer bisher öffentlichen Aufgabe an private Dritte oder auch das Zulassen weiterer Anbieter neben der öffentlichen Hand auf einem dadurch entstehenden Markt. Es ist das Feld der zentralen Auseinandersetzung um Privatisierung, denn hier wird der Kampf darum ausgetragen, welche Aufgaben und Güter öffentlich angeboten und dem Markt entzogen werden müssen und welche im Wettbewerb von Staat und Privat oder rein privatwirtschaftlich organisiert denkbar sind. Es geht hier um die elementare Frage der Definitionshoheit über den Begriff der Öffentlichen Daseinsvorsorge und das Verständnis von Staat und seinen Aufgaben, an dem sich jungsozialistische und sozialdemokratische Vorstellungen von konservativen und liberalen abgrenzen.

Materielle Privatisierung schließlich bedeutet Verkauf und Übereignung von staatlichen Gütern an Private, was sowohl ganze Einrichtungen als auch nur Unternehmensteile oder -anteile umfassen kann. Hierunter fällt auch das so genannte Sale-and-lease-back, bei dem eine öffentliche Sache veräußert, übereignet und sodann zum Gebrauch vom neuen (privaten) Eigentümer gemietet wird - damit ist es mehr als Finanzierungsprivatisierung, weil für die Mittel, die in die öffentliche Kasse fließen, das Eigentum an einem öffentlichen Gut aufgegeben wird. Insbesondere funktionale und materielle Privatisierung zeigen vielfältige Folgen, deren Gegenwert meist in nicht mehr als einer kurzfristigen Erleichterung des öffentlichen Haushalts besteht. Bei umfassender aber auch bei einer nur teilweisen Privatisierung verbleiben nur die defizitären Bereiche in der öffentlichen Hand, weil an diesen kein privatwirtschaftliches Interesse besteht. Das sind regelmäßig jedoch diejenigen Einrichtungen, die besondere Bedeutung für Chancengleichheit auch im Bereich von Bildung, Kultur und Sport haben.

Quersubventionierungen zu deren Gunsten sind dann nicht mehr möglich, weil Einrichtungen fehlen, die die dafür erforderlichen Mittel erwirtschaften. Die öffentliche Hand selbst bringt sich um ihre Handlungsspielräume durch Verlust regelmäßiger Einnahmen und um die Mittel und Einrichtungen zur Gestaltung.

In den privatisierten Bereichen fehlt es vielfach an Transparenz und Kontrolle, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, und nicht selten werden die Preise entgegen anderslautender Absicht nicht niedriger, sondern höher. Und obwohl der Wettbewerbsgedanke regelmäßig Rechtfertigung von Privatisierungen ist, entwickeln sich in der Folge Monopole und Oligopole, die - Beispiel Energiesektor - den Markt zum Nachteil von Leistung, Kosten und zukunftsfähiger Weiterentwicklung der Versorgung beherrschen.

V. Verstehen und gestalten - das Prinzip der Rekommunalisierung

Unter dem Begriff „Rekommunalisierung“ wird die Rückführung des vormals an Dritte verkauften Eigentums in kommunale Hand bezeichnet. Dieser Trend ist vor allem in der Energieversorgung zu beobachten, da viele Kommunen derzeit prüfen, die mit privaten Unternehmen geschlossenen Konzessionsverträge nicht zu verlängern und stattdessen wieder auf die sich in öffentlicher Hand befindlichen Stadtwerke zu setzen. Bundesweit laufen während des Zeitraums von 2011 bis 2015 etwa tausend dieser Versorgungsverträge aus. Ein weiteres Merkmal der Rekommunalisierung ist der (Rück)Kauf von Anteilen privater oder gemischtwirtschaftlicher Unternehmen durch die Kommunen.

Neben der Energieversorgung zeigt sich die Absicht, Güter und Dienstleistungen zu rekommunalisieren, auch in der Abfallwirtschaft, der Straßenreinigung, bei Bauhöfen sowie bei der Wasserversorgung. Ursache des Trends der Rekommunalisierung liegen in den schlechten Erfahrungen durch die Privatisierung sowie in dem Wunsch und der Notwendigkeit, aufgrund der desolaten Finanzsituation neue und dauerhafte Einnahmen zu erschließen.

Der Prozess der Rekommunalisierung wird durch die Methode der Haushaltsführung gestärkt, weil zurückgekaufte Güter und Dienstleistungen seitens der Kommunen als Vermögenswerte bilanziert werden dürfen. Dies ermöglicht theoretisch sogar den Rückkauf durch die Aufnahme von Darlehen und ermöglicht den Kommunen mehr Handlungsfähigkeit.

VI. Anforderungen und Vorteile der Rekommunalisierung

Wir Jusos setzen auf das Prinzip der Rekommunalisierung und begrüßen diese grundsätzlich. Jedoch ist vor Ort zu entscheiden, ob eine Rekommunalisierung sinnvoll erscheint. Um diesen Begriff mit Leben zu füllen und unserem jungsozialistischen Gestaltungsanspruch gerecht zu werden, müssen folgende ausformulierte Ziele mit der Rekommunalisierung von Gütern und Dienstleistungen verbunden sein, damit diese unseren Ansprüchen gerecht wird:

Bezahlbarkeit und Erreichbarkeit:

Rekommunalisierte Güter und Dienstleistungen müssen für alle Bürgerinnen und Bürgern bezahlbar und erreichbar sein. Dies bedeutet, dass Einkommen und gesellschaftliche Stellung keine Zugangskriterien sind.

Daseinsvorsorge statt Profitstreben:

Ein weiteres Kriterium ist, dass rekommunalisierte Güter nicht unter dem Profitstreben wie in der

Privatwirtschaft stehen dürfen, sondern die Versorgung der Menschen im Mittelpunkt steht. Transparent und demokratisch muss entschieden werden, wie mit möglichen Gewinnen, die beispielsweise die Stadtwerke erzielen, zu verfahren ist.

Bedarfsgerechte Planung und umweltschonende Leistungserbringung:

Bei der Rekommunalisierung ist die bedarfsgerechte Planung zu berücksichtigen, die auf den Bedürfnissen der Menschen vor Ort basiert. Dementsprechend müssen Ver- und Entsorgungsaufgaben in die Stadtentwicklungsplanung integriert werden. Für uns Jusos sind die Energieeffizienz und die klimafreundliche Energieversorgung wichtige Kriterien politischer Gestaltung, die bei der Rekommunalisierung der Energieversorgung berücksichtigt werden müssen.

Rekommunalisierung fördert die lokalen Wirtschaftskreisläufe:

Kommunale Betriebe sind meistens mit der lokalen Wirtschaft und den Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort stärker verbunden als zentral agierende Großunternehmen. Kommunale Unternehmen vergeben Aufträge in der Regel meistens an lokale Unternehmen, wodurch Beschäftigung vor Ort gesichert und gestärkt wird. Außerdem ist die makroökonomische Bedeutung der kommunalen Investitionen groß, da diese neue Investitionen der öffentlichen Hand im Bereich ökologischer, sozialer und kultureller Dienstleistungen erschließen.

Rekommunalisierung muss dem Prinzip der guten Arbeit verpflichtet sein:

Für die Beschäftigten der rekommunalisierten Betriebe müssen die Tarif-, Qualitäts- sowie Sicherheitsbestimmungen des öffentlichen Dienstes gelten. Lohndumping lehnen wir entschieden ab! Außerdem sind die erforderlichen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und die Rechte der ArbeitnehmerInnen müssen gelten.

Änderung des Vergaberechts:

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss an die Erfüllung von ökologischen und sozialen Standards, an bestimmte Entlohnungen sowie an die Gleichstellung der Geschlechter gebunden sein.

Sozialdemokratisches Profil zurückgewinnen:

Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren das Vertrauen zahlreicher Wählerinnen und Wähler verloren, da ihr eine Botschaft fehlte und ihre Politik größtenteils als sozial ungerecht empfunden wurde. Dabei vollzog sich der Erosionsprozess der SPD auf allen politischen Ebenen von den Kommunalwahlen bis zur Bundesebene. Mit dem Ansatz der Rekommunalisierung bietet sich der Sozialdemokratie die Möglichkeit, vor Ort verloren gegangenes Profil zurück zu gewinnen und für eine Politik zu kämpfen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Gerade das Verständnis der öffentlichen Daseinsvorsorge ist das politische Feld, in dem die politischen Kämpfe über die Frage ausgetragen werden, welche Aufgaben und Güter öffentlich angeboten und dem Markt entzogen werden müssen und welche im Wettbewerb von Staat und Privat oder rein privatwirtschaftlich organisiert denkbar sind. Hinter diesem Wettstreit versteckt sich die Deutungshoheit über das Verhältnis von Staat und Markt, an dem sich konservative, liberale und sozialdemokratische Vorstellungen fundamental voneinander unterscheiden. Deshalb bietet sich der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zur politischen Abgrenzung von der neoliberalen Idee des schlanken Staats an und trägt dazu bei, sozialdemokratisches Profil zurück zu gewinnen.

VII. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherstellen

Durch die weg gebrochenen Steuereinnahmen wurde den Kommunen ihre Handlungsfähigkeit weitgehend genommen, sodass sie sich immer mehr aus den so genannten freiwilligen Aufgaben zurückgezogen haben. Gleichzeitig hat das Land Niedersachsen den Kommunen immer mehr zusätzliche Aufgaben auferlegt, ohne ihnen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Unserer Ansicht

nach darf das Land Niedersachsen den Kommunen nicht mehr ohne Entlastungen weitere Aufgaben auferlegen.

Außerdem ist der Trend zu beobachten, dass die Kommunen untereinander in einen verstärkten Wettbewerb um die geringsten kommunalen Steuern (z.B. Gewerbesteuer) getrieben wurden. Auch diese Steuerausfälle tragen dazu bei, dass die Kommunen faktisch finanziell handlungsunfähig sind und sich immer mehr von ihren freiwilligen Aufgaben getrennt haben und auf das Prinzip der Privatisierung gesetzt haben.

Anstatt des Wettbewerbs zwischen den Kommunen sprechen wir Jusos uns für eine interkommunale Zusammenarbeit aus, die auf gemeinsamen Zielen basiert.

Wir sprechen uns für eine Steuerreform aus, die dazu beiträgt, die Einnahmeseite der öffentlichen Hand dauerhaft zu verbessern und auch die Bedürfnisse der Kommunen nicht vernachlässigt.

Deshalb fordern wir die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie die Stärkere Besteuerung von Erbschaften. Da es sich bei diesen Steuern nicht um Einnahmen handelt, welche direkt den Kommunen zufließen, fordern wir eine größere Ausschüttung der Steuern durch Bund und Land an die Kommunen für Aufgaben, die von diesen auf die Kommunen übertragen wurden. Außerdem setzen wir uns für eine internationale Transaktionssteuer ein, die auf europäischer Ebene beginnen muss.

Darüber hinaus muss die Gewerbesteuer als kommunale Steuereinnahme erhalten und ausgebaut werden. Für uns besteht jedoch ein Reformbedarf im Bezug auf die Unternehmen, welche von dieser Steuer betroffen sind. So muss die Einnahmeseite der Steuer verbreitert und dadurch krisenfester gemacht werden. Des Weiteren müssen Zuschüsse des Landes Niedersachsen an die Kommunen auch weiterhin möglich sein, um soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen zu fördern.

Weiterhin sprechen wir Jusos uns dafür aus, die Kommunen aus der Finanzierung der Grundsicherung („Hartz IV“) zu befreien und diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe vollständig dem Bund zu übertragen. Auf diese Weise werden die ungleichen wirtschaftlichen und strukturellen Voraussetzungen der Kommunen weniger bedeutend.

VIII. Kommunale Schwerpunkte aus jungsozialistischer Sicht

Die Region in Bewegung bringen – mit dem ÖPNV!

Mobilität muss allen Menschen ermöglichen, zu jeder Zeit die anfallenden Vorhaben und Anforderungen wahrnehmen zu können. Mobilität ist deshalb nicht die reine Überwindung von Entfernungen, sondern die Möglichkeit jedes Menschen und der Gesellschaft, den eigenen Lebensraum zu nutzen, zu erleben und an ihm Teil zu haben.

Besonders die zunehmend wachsende Bedeutung der beruflichen Mobilität erweitert den Begriff der Mobilität erheblich und erfordert daher nicht nur einen Zugang zu kulturellen, urbanen Angeboten, sondern erfordert darüber hinaus auch den sicheren und stressfreien Zugang zum Arbeitsplatz.

Die Sicherung des Zuganges zu Mobilität ist eine soziale Frage und damit auch ein Kernpunkt jungsozialistischer Politik im Bezirk Braunschweig. Für uns ist der ÖPNV ein fester Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der ÖPNV ist ein Aushängeschild unseres Bezirks. Für viele Bahnreisende oder Besucherinnen und Besucher aus dem Umland ist der ÖPNV der erste Kontakt mit unserem Bezirk. Deshalb hat der Bezirk als Ganzes eine Vorbildfunktion, indem er gemeinschaftlich mit seinen Mitgliedern seinen Förderungsschwerpunkt in einen attraktiven und öffentlichen Personennah- und -fernverkehr setzt.

Attraktivität des ÖPNV fördern

Für uns ist die Attraktivität des ÖPNV in Sachen Angebot, Service und Infrastruktur deshalb entscheidend für dessen Erfolg. Der ÖPNV muss ein verlässlicher Partner für die Mobilität sein. Es ist wichtig, dass der Fahrbetrieb des ÖPNV so strukturiert ist, dass die Fahrzeit eingehalten und somit ein Höchstmaß an Pünktlichkeit gewährleistet wird.

Des Weiteren muss ein klares und transparentes Liniennetz sowie eine klare Taktung des Fahrbetriebes jedem Fahrgast leicht nachvollziehbar sein. Dazu gehören – so weit wie möglich – Direktverbindungen zum Zielort oder einfache und von der Taktung her gut abgestimmte Umsteigemöglichkeiten.

Auch ist uns besonders wichtig, dass es sozial schwächeren Menschen und auch älteren Menschen ermöglicht werden muss mobil zu bleiben. Dafür wären angemessene Tarife für ältere Leute und sozial schwache Menschen die beste Lösung. Ergänzend dazu sollte die Förderung der Barrierefreiheit durch Reduzierung der Einstiegshöhen in Verkehrsmitteln für Mobilitätseingeschränkte, wie z.B. RollstuhlfahrerInnen und Personen mit Kinderwagen, aktiv vorangetrieben werden.

Ein moderner bzw. modernisierter Fuhrpark sorgt beim Fahrgast für einen komfortablen und fortschrittlichen Eindruck des Verkehrsbetriebes. Dazu gehört es auch, dass die Fahrzeuge stets sauber gehalten und (Sach-)Schäden stets umgehend beseitigt werden.

Daher fordern wir auch, dass Stück für Stück die alten Fahrzeuge aus dem Verkehr genommen werden und durch neue und moderne Fahrzeuge ersetzt werden. Dies kommt auch der Umwelt zu gute, da verbrauchsärmere Fahrzeuge angeschafft werden können.

Intermodalität fördern

Wir benötigen zukünftig eine gleichberechtigte Verteilung aller Verkehrsträger, um jedem Menschen in unserer Region – unabhängig von der sozialen Herkunft – den Zugang und die Teilhabe an der Mobilität zu ermöglichen. Jeder Mensch soll sich in unserer Region in Zukunft zu jeder Zeit uneingeschränkt fortbewegen können, damit die persönliche erzwungene Mobilität (zur Ausübung von Arbeit, Ausbildung, Schule und Einkauf) sowie die persönliche freie Mobilität (zur Ausübung des Ehrenamtes sowie der Freizeitaktivitäten) gewährleistet wird. Ein intelligenter Verkehrsmix kann eine ressourcenschonende Mobilität vom Start- zum Zielort garantieren. Um dieses Ziel zu erreichen müssen wir zukünftig auf eine intelligente Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger setzen, um eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV zu erzielen.

Von Braunschweig in die Region – von der Region nach Braunschweig

Die Verkehrspolitik kann und darf nicht an den Grenzen unserer Städte enden. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten streben an, einen Braunschweiger Verkehrsverbund zu verwirklichen, der über der Summe aller Anbieter im ÖPNV in der Region organisiert ist und die Arbeit der einzelnen Anbieter koordiniert. So sind Verkehrskonzepte im Zweckverband Großraum-Braunschweig zu entwickeln, die Braunschweigs Rolle als Oberzentrum der Region stärken, ohne die Rolle der anderen Zentren in unserer Region zu schwächen.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten werden weiterhin an der Verwirklichung der RegioStadtBahn festhalten und somit eine umsteigefreie Verbindung von der Region in die jeweiligen Stadtzentren verwirklichen. Denn die RegioStadtBahn bietet einerseits für alle Altersgruppen ein zukunftsweisendes, attraktives Regionalverkehrs-Angebot, um direkt den Arbeits- oder Ausbildungsplatz sowie die Schule oder die Hochschule zu erreichen. Andererseits erhält Jede und Jeder ein attraktives Verkehrsangebot für Freizeitaktivitäten in der Region. Auch den Volkswirtschaftlichen Nutzen des Projektes darf man nicht außer Acht lassen, denn es ist das größte regionale Investitionsprogramm unserer Zeit. Durch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, sei es ins Schienennetz oder in die Haltepunkte, durch Investitionen ins Verkehrsmanagement, sei es in die Planung, Steuerung und Umsetzung des Projekts als auch in der Beschaffung geeigneter Züge können unzählige Arbeitsplätze in der Region gehalten sowie neu geschaffen werden. Somit ist die RegioStadtBahn

ein Gewinn für die ganze Region!

Freiräume für Menschen

In den letzten Jahren wurden vermehrt öffentliche Flächen privatisiert. So wurde beispielsweise in Braunschweig aus dem öffentlichen Schlosspark, durch städtische Subventionen gefördert, ein großes privates Einkaufszentrum. Auch das Freizeit- und Bildungszentrum in Braunschweig musste den Plänen eines Luxushotels weichen. Menschen, insbesondere Jugendlichen, wird immer mehr frei zugängliche Fläche zur Freizeitgestaltung genommen. Stattdessen geht der Trend zu privaten Freizeitangeboten. Dies hat den Nachteil, dass man sich den Regeln der privaten Anbieter beugen muss. Fälle, dass Migranten gewisse Diskotheken nicht betreten dürfen, sind bekannt und passieren häufig.

Zum anderen wird die Ausübung der Freizeit durch Privatisierung der öffentlichen Flächen immer kommerzieller. Das trennt Menschen in verschiedene Gruppen und schafft Gräben, da sich nicht alle die teuren Preise in Diskotheken und Bars leisten können. In den privaten und rein kommerziellen Orten besteht kaum Raum zur Bildung und freien Entfaltung. Das ist auch gar nicht erwünscht. Diese Flächen werden nur angelegt, damit die Eigentümer einen Gewinn einfahren können und Gäste werden nur geduldet, wenn sie genügend Geld dort lassen. Einen anderen Zweck verfolgen diese Orte nicht. Private Möglichkeiten der Freizeitausübung sind in unserer sozialen Marktwirtschaft zwar wichtig, aber in letzter Zeit geschieht ein Wandel, der das Gleichgewicht in falsche Verhältnisse rückt. Der Trend der steigenden Privatisierungen und damit einhergehend der wachsenden Kommerzialisierung der Freizeit muss zugunsten einer bürgernäheren Politik gestoppt werden. Jugendlichen muss genügend Raum zur freien Entfaltung und Bildung unabhängig von Herkunft und Kapital geboten werden.

Integration

Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede Person unabhängig von ihrer oder seiner Herkunft gleichberechtigt partizipieren kann. Bisherige Integrationsansätze mögen gut gemeinte Ansätze zur Gleichberechtigung der MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund sein, jedoch ziehen wir das Modell einer Inklusion vor. Anders als die Integration, die einen Teil der Gesellschaft zwar formell in sich integriert, sie jedoch nicht gleichberechtigt in allen Formen teilhaben lässt, erfordert die Inklusion eine völlig gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unabhängig ihrer Herkunft am gesellschaftlichen Leben.

In vielen Bereichen des alltäglichen Lebens werden heute Personen mit Migrationshintergrund diskriminiert oder die Separation der Migrantinnen und Migranten wird gefördert. Dort sehen wir Handlungsbedarf.

So sehen wir in dem Modell des dreiklassigen Schulsystems nur eine unnötige Selektierung, die meist zu Lasten der MigrantInnen ausfällt. Anstatt Grundschulkindern mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern, werden sie zu oft auf Hauptschulen abgeschoben. Dort enden sie oft aufgrund der Perspektivlosigkeit innerhalb ihrer Gruppe, da das Gefühl der Ausgrenzung gestärkt wird. Studien haben ergeben, dass bei gleichen Noten Viertklässler mit deutschem Namen eher Gymnasialempfehlungen erhalten, als welche mit ausländisch klingenden Namen. Wir wollen den Ausbau der Gesamtschulen weiter fördern. Eine frühe Selektierung ist unnötig und erhöht den Druck auf Kinder in einem Alter, in dem sie dem kaum standhalten können. Zudem erfolgt die Selektierung verstärkt nach ethnischen Kriterien. Wir wollen, dass SchülerInnen gemeinsam lernen können und sich gegenseitig helfen. In vielen Kindern mit Migrationshintergrund steckt mehr Potenzial als dieses Schulsystem erwecken kann. Statt Ablehnung und Ausgrenzung sollten sie ab den Schulen ein Miteinander kennen lernen.

Wir empfinden es als diskriminierend, dass Personen mit Migrationshintergrund oft Nachteile auf dem Arbeitsmarkt haben. Fälle, dass BewerberInnen auf eine Arbeitsstelle nur aufgrund ihres aus-

ländisch klingenden Vornamens oder ihres Wohnortes in einem als „Problemviertel“ bekannten Stadtteils keine Stelle erhalten, kommen häufig vor. Wir fordern gezielte Maßnahmen, um diese Diskriminierung zu beseitigen.

Ebenfalls dulden wir nicht, dass so genannte „Stammtischparolen“ oder pauschale und stereotype Vorurteile über Menschen mit Migrationshintergrund akzeptiert werden. In der Geschichte der Bundesrepublik haben stets Einwandererinnen und Einwanderer und deren Nachkommen am Wohlstand mitgewirkt. Allein im Bereich der Gastronomie werden dank vieler Personen mit Migrationshintergrund Arbeitsplätze geschaffen und damit ein Teil am BIP geleistet. Es ist fatal weiter Menschen mit Migrationshintergrund in einigen Bereichen auszuschließen.

In einem pluralistischen Land sollte jedem bewusst sein, dass andere Kulturen ein Gewinn für unsere Gesellschaft sind. Wir setzen uns für diese Vielfalt und ein Miteinander statt Gegeneinander ein.

Aufklärung gegen Rechts

Die Gefahr von Rechts besteht nach wie vor. Die NPD ist zwar nicht im Bundestag und hat auch bundespolitisch kaum Einfluss, ist aber in zwei Landtagen und in etlichen Kommunen vertreten. Auch im Bezirk Braunschweig gibt es Gemeinden, in denen die Rechten so viele Stimmen erhalten, dass sie in Kreis-, Gemeinde- und sogar Stadträten sitzen. Wir weisen auch darauf hin, dass es nicht nur Nazis in der NPD gibt, wie viele meinen und man sich ausruhen könne, wenn die NPD „nur“ 3% erhält. Es gibt abseits der NPD noch freie Kameradschaften, autonome Nationalisten und weitere Gruppierungen, die rechtsradikales Gedankengut verbreiten und sogar vor körperlicher Gewalt nicht zurückschrecken. Besonders in Großstädten ist die Zahl der Mitglieder in rechtsradikalen Gruppen, besonders bei Jugendlichen, steigend. Wir Jusos empfinden es daher als ungemein wichtig, über die Gefahr von Rechts aufzuklären. Dazu gehört, dass antifaschistische Arbeitsstellen wie die ARUG weiter von den Kommunen finanziell unterstützt werden. Dazu gehört ebenfalls Aufklärung in der Schule und anderen Institutionen und die Nichtduldung von sog. „gemäßigten Rechten“ die mehr in die Mitte der Gesellschaft rücken.

Kommunalen Wohnungsbau erhalten und ausbauen

Der soziale Wohnungsbau, der durch Städte und Kreise vollzogen wird, ist für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ebenfalls zentral. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften orientieren sich an den Bedürfnissen der Mieterinnen und Mieter und sind in die kommunale Entwicklungsplanung integriert. Im Gegensatz zu Investorinnen und Investoren, die ihre Zentralen oft nicht vor Ort haben, sind kommunale Wohnungsbaugesellschaften Teil des kommunalen Lebens. Sie ermöglichen es, auf kommunaler Ebene günstigen Mietraum für Menschen zu schaffen, da sie sich im Gegensatz zu Investorinnen und Investoren direkt um Mieterinnen und Mieter sowie die kommunale Anbindung kümmern. Außerdem ermöglicht kommunaler Wohnungsbau auch mehr demokratische Teilhabe und Kontrolle der Mieterinnen und Mieter in Form von Versammlung, Mieterbünden sowie kommunalen Ausschüssen.

Leider wurden im Zuge der Privatisierungen der letzten Jahre zahlreiche kommunale Wohnungsbaugesellschaften verkauft. Die Folgen zeigen sich besonders im NRW, aber auch in unserer Region. Gerade in den Großstädten zwischen Rhein und Ruhr verschimmeln Wände, Heizungen werden nicht oder kaum repariert, Aufzüge liegen brach und ganze Stadtteile werden vernachlässigt und bekommen ein schlechtes Image. Gleichzeitig steigen die Mieten.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bekennen uns zum sozialen Wohnungsbau. Unserer Ansicht nach ist es eine zentrale Aufgabe der Kommune, für ihre Einwohnerinnen und Einwohner bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum zu schaffen. Deshalb sprechen wir uns kommunale Wohnungsbaugesellschaften aus, die im Rahmen der Rekommunalisierung wieder einzurichten sind. Gleichzeitig muss der kommunale Wohnungsbau für alle Menschen da sein. Es darf nicht sein, dass soziale benachteiligte Menschen per se in nicht lebenswürdige Wohnungen abgeschoben werden.

Weil der Mensch ein Mensch ist- die soziale Kommune schaffen!

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist die Kommune der Ort des sozialen Handelns, das sich an den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen orientiert. Hier muss unserer Überzeugung nach der Staat in Kooperation mit nicht gewinnorientierten Sozialverbänden sozialpolitische Akzente setzen, die unserer Überzeugung nach Vorrang vor Prestigeobjekten haben. Wir wollen, dass alle Menschen selbst bestimmt und solidarisch leben können. Deshalb sehen wir Sozialpolitik als Mittel zur Veränderung und Gestaltung einer menschenwürdigen und lebenswerten Gesellschaft. Die gesellschaftlichen Probleme wie beispielsweise Armut, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und Chancenlosigkeit zeigen sich in erster Linie direkt vor Ort. Deshalb brauchen wir ein breit aufgestelltes Netz der kommunalen Sozialpolitik aus öffentlichen Angeboten und Sozialverbänden, die auf Grundlage der Kenntnisse vor Ort auch präventiv tätig sind. Hier muss die Kommune koordinativ tätig sein, indem verschiedene Bereiche wie beispielsweise Schule und Jugendhilfe miteinander verzahnt werden, um den Herausforderungen integrativ begegnen zu können.

Kommunale Sozialpolitik ist für uns jedoch mehr als die Überwindung von Notlagen, sondern auch aktive Stadtteilentwicklungspolitik, die Fragen der Arbeit und der Beschäftigung, des Wohnens, der (beruflichen) Qualifizierung in Form eines öffentlichen Beschäftigungssektors, des Lebensstils und der gesellschaftlichen Teilhabe in einem integrativen Ansatz zusammenführt.

Alle müssen können dürfen, weil Bildung notwendig ist!

Bildung bedeutet für uns mehr als das reine Lernen, Bildung ist für uns ein wichtiger Teil in unserem Leben, der in verschiedenen Lebensabschnitten beginnt, aber niemals aufhört.

Daher ist es umso notwendiger, dass Kommunen Bildungsangebote bereitstellen und Räume für Bildung schaffen, durch Bildung wird die Integration gesichert und das soziale Lernen miteinander und untereinander gefördert.

Die Kommunen müssen Möglichkeiten anbieten, Bildung jedem und jeder zu ermöglichen, um gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Denn Bildung ist für alle da – unabhängig vom Geldbeutel und kulturellem Hintergrund. Deshalb ist es unsere Überzeugung das Bildung, kostenfrei angeboten wird.

Bildung befähigt zu Demokratie und sozialer Verantwortung die notwendig ist, damit sich eine Kommune entwickelt.

Darüber hinaus sorgt Bildung für Teilhabe an der Gesellschaft und soziale Aufstiegsperspektiven, die in der Entwicklungsplanung jeder Kommune wichtig ist, um ein attraktives und angenehmes Lebensumfeld zu sichern.

Soziales Lernen muss im Mittelpunkt stehen!

Nach unserem Grundverständnis soll Bildung Menschen entwickeln und daher fordern wir von Kommunen gleiche, freie und gute Bildung für alle, frei von wirtschaftlichen Interessen und Einflüssen zu sichern.

Kommunen sollen Bildung fördern und sich den Problemen junger Menschen stellen und ihnen helfen sie zu bewältigen, um die Emanzipation des Menschen voranzutreiben und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.

Daher fordern wir von Kommunen, Rahmenbedingungen zu schaffen damit die Menschen individuell beraten und weitergebildet werden können. Kommunen haben nach der niedersächsischen Gemeindeordnung nur wenig Spielraum in der Gestaltung des Schulsystems. Jedoch können sie weitgehend frei entscheiden, was für Schulformen sie anbieten. Wir als Jusos unterstützen jede Initiative zur Schaffung von neuen Integrierten Gesamtschulen. Wir sehen in dieser Schulform eine sozial gerechte Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem. Daher fordern wir, dass jeder Schüler und jede Schülerin eine IGS per Pedes erreichen können muss - in jeder Kommune.

Bildung als Sprachrohr

Eine Kommune muss Bildung anbieten, für Menschen mit einer Behinderung, MigrantInnen, Schwule, Lesben, Transsexuelle, ausländische Studierende.

Dadurch trägt eine Kommune zu einem diskriminierungsfreien Umfeld bei und schafft es das gesamtgesellschaftliche Leben offener und transparenter zu gestalten.

Des Weiteren ist es nach unserer Grundverständnis wichtig, dass eine Kommune Bildungsmöglichkeiten mit Kind ermöglicht, denn die Vereinbarkeit von Familie und Bildung ist in vielen Fällen nicht möglich, dort muss eine Kommune nachhaltig Strukturen entwickeln und umsetzen, damit Bildung ermöglicht wird und damit die Möglichkeit besteht, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren.

Diese Forderungen sind immens wichtig, um eine soziale, bildungsreiche Kommune zu festigen und um sozialdemokratisches Profil zurück zu gewinnen.

AntragstellerInnen: Unterbezirk Salzgitter

R 2: Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Braunschweig sichern und stärken!

Zur Weiterleitung an die Juso-Bezirkskonferenz, Unterbezirksparteitag, Bezirksparteitag

Der Juso-Unterbezirk Salzgitter möge beschließen:

Der Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichen Daseinsvorsorge und für die Menschen in unserer Region wichtig. Ein sinnvolles Angebot mit akzeptablen Preisen und einem dichten Takt, egal ob in Stadt oder Land, muss Ziel aller politischen Entscheidungen sein. Willkürliche Kürzungen und unverständliche Entscheidungen sind schädlich für den ÖPNV.

Der ÖPNV gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht leichtfertig kaputt gespart werden, denn viele Menschen sind tagtäglich auf ihrem Weg zur Arbeit oder Schule auf Nahverkehrszüge und Busse angewiesen, zudem ist nicht jeder in der finanziellen Lage ein eigenes Auto zu unterhalten und gerade im Sinne einer umweltfreundlichen Mobilität ist der ÖPNV ein wichtiger Baustein. Aber auch für Jugendliche ist er wichtig. Egal ob es um eine Fahrt zu Freunden, ein Besuch von Freizeiteinrichtungen, wie Schwimmbad oder Kino, oder der Abstecher zur Disko geht, sind Jugendliche auf einen funktionierenden ÖPNV angewiesen. Lücken von 6 Stunden im Fahrplan und keine Fahrten nach 20 Uhr sind nicht akzeptabel!

Wir begrüßen daher das „Regionalbahnkonzept 2014+“ des Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB), welches einen Stundentakt vorsieht, als Lösung auf dem Weg zur RegioStadtBahn. Dieses war jedoch längst überfällig und sollte eigentlich heute schon Standard sein. Der ZGB hat durch die Fehlplanungen bei der RegioStadtBahn und die Konzentration auf diese die Situation im Zugverkehr in der Region Braunschweig extrem verschlechtert. Dies gilt es nun schnellst möglich zu ändern und die massiven Kürzungen zurückzunehmen, damit sich Fahrgäste nicht vom ÖPNV abwenden und wir nicht in einem Teufelskreis landen, an dessen Ende die faktische Abschaffung des öffentlichen Personennahverkehrs bei uns steht. Außerdem sehen wir als notwendig an, das Bahnhofnetz in der Region zu erweitern, um auch Gebiete zu erschließen, die zwar an Bahnstrecken grenzen, aber dennoch schlecht angebunden sind. Gerade hier liegen noch ungenutzte Fahrgastpotenziale.

Des Weiteren begrüßen wir Pläne für einen Niedersachsentarif. Er soll vorerst nur einen einheitlichen Tarif für Bahnverbindungen bringen. Ziel ist jedoch ein Ticket für alles, egal ob Bus oder Bahn, in ganz Niedersachsen, Bremen und Hamburg. Auch sehen wir das Erfordernis für einen „Integralen Taktfahrplan (ITF) Niedersachsen“, der alle Linien landesweit einbezieht und aufeinander abstimmt, wie es schon NRW oder Rheinland-Pfalz erfolgreich vorgemacht haben. Aus diesem Grund wünschen wir uns nur einen Aufgabenträger, die Landesnahverkehrsgesellschaft, für Niedersachsen. Eine Kleinstaaterei mit verschiedenen Verantwortlichen ist nicht hilfreich, sondern blockiert oftmals notwendige Vorhaben.

Neben dem Bekenntnis zur RegioStadtBahn und zum Schienenpersonennahverkehr (SPNV) dürfen auch nicht die Busverkehre in der Stadt sowie in der Fläche vergessen werden. Erst diese vervollständigen das ÖPNV-System. Auch hier darf nicht der Sparzwang das Angebot diktieren. Sinnvolle Fahrpläne, Verbindungen am Abend, ggf. nachts und an Wochenenden sind genauso wichtig wie ein dichtes, gut ausgebautes Haltstellennetz. Niemand darf vom ÖPNV in der Region Braunschweig abgeschnitten werden. Alternative Konzepte zu den unkomfortablen Anruflinientaxis (z.B. Rufbus-

systeme mit sehr kurzen Anmeldezeiten direkt an der Haltestelle) müssen erprobt werden.

Auch für körperlich beeinträchtigte Menschen ist der ÖPNV wichtig. Es muss selbstverständlich sein, dass bei Fahrzeugbeschaffung, egal ob Bus oder Schiene, und bei Aus- und Umbau von Haltestellen auf die größtmögliche barrierefrei geachtet und gedrängt werden muss.

Zudem muss innerhalb der Jusos und der SPD das Thema des ÖPNV mehr Beachtung finden, deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass auf Unterbezirksebene als auch auf Bezirksebene in der SPD ein „Arbeitskreis Mobilität“ mit den entsprechenden Antragsrechten eingerichtet wird. Ziel des AK Mobilität soll die Entwicklung verkehrspolitischer Konzepte, in Einbeziehung von Experten und Bürgern, für unsere Region sein. Aber auch auf Ebene der Kommunalpolitik muss Bürgerbeteiligung gerade in diesem Bereich großgeschrieben werden, denn meist sind es die Fahrgäste, die wissen was notwendig ist. Zudem sind klare, unabhängige Ansprechpartner vor Ort für Fragen, Kritik und Anregungen notwendig.

S 1: Ehegattensplitting

Was ist das?

Das Ehegattensplitting ist ein Teil der Einkommensteuerveranlagung, welcher nur für Ehepaare gilt. Im Splittingverfahren wird das Einkommen der Ehegatten zusammengerechnet und anschließend durch zwei geteilt. Mit diesem zu versteuernden Einkommen geht man in die Steuerberechnung und errechnet die Einkommensteuer für einen Ehepartner. Diese wird mit 2 multipliziert um die Einkommensteuer des Ehepaares zu ermitteln.

Dieses Vorgehen führt dazu, dass unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Ehepartner, beide einen Grundfreibetrag von 8.004€ und alle vorgesehenen Pauschalen erhalten. Des Weiteren fällt der Steuersatz niedriger aus, da die Steuerprogression weniger zuschlägt.

Somit handelt es sich um die umfangreichste familienpolitische Transferleistung die immer mit der grundgesetzlichen Privilegierung der Ehe begründet wird.

Wem nützt dieses Verfahren?

Grundsätzlich können nur Ehepaare am Splittingverfahren teilnehmen. Am größten ist der Splittingvorteil, wenn nur ein Ehepartner erwerbstätig ist. Real begünstigt das Ehegattensplitting die Hausfrauenehe, und zwar – hier liegt der größte Skandal- unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind. Das Ehegattensplitting behindert aber auch bei hohem Verdienst des einen Partners/ der einen Partnerin die Aufnahme der Erwerbsarbeit des anderen Ehepartners/ der Ehepartnerin. Bei der Aufnahme von Teilzeitarbeit oder Vollerwerbsarbeit in einem gering entlohnten Sektor (sogenannte „Frauenberufe“) entspricht nämlich der Splittingvorteil oft ihrem erreichbaren Nettoverdienst. Damit ist eine ökonomische Begründung gegeben, weiterhin die Sicherung der eigenen Existenz vom Unterhaltsanspruch an den Ehemann abhängig bleiben zu lassen.

Das Ehegattensplitting benachteiligt darüber hinaus aber auch erwerbstätige Personen, wenn sowohl sie als auch ihre Partnerin/ ihr Partner in den unteren Einkommensklassen liegen. Dann bietet es für sie keine familienpolitische Transferleistung.

Somit gibt es mehrere Leidtragende in diesem System. Dies sind:

- unverheiratet Paare, unabhängig davon, ob Kinder mit in der Beziehung leben, oder nicht. Mittlerweile werden 33% der Kinder außerhalb der Ehe geboren.
- Gleichgeschlechtliche verpartnerte Paare, denn der § 26 des Einkommensteuergesetzes spricht nur von Ehegatten
- Alleinerziehende
- Partnerinnen/ Partner die gerne erwerbstätig sein möchten, aber aufgrund des Splittingmodells sogar finanzielle Einbußen für die Familie in Kauf nehmen müssten

Dies kann sogar soweit führen, dass z.B. erwerbstätige Alleinerziehende durch ihre Steuern die Privilegierung von kinderlosen, nicht erwerbstätigen Ehepaaren finanzieren.

Familienplitting eine Option?

Das Familienplitting ist dem Ehegattensplitting ähnlich, nur dass die Gesamteinkünfte nun nicht durch 2 geteilt werden, sondern durch einen anderen Divisor abhängig von der Anzahl der Kinder und der Ausgestaltung des Familienplittings. So ist es entweder möglich den Divisor um jeweils den Faktor 1 pro Kind zu erhöhen oder z.B. für die ersten beiden Kinder um den Faktor 0,5 und ab

dem dritten Kind um den Faktor 1, wie in Frankreich. Dort ist das System jedoch eher daran ausgelegt, dass sich die Geburtenzahlen erhöhen sollen.

Das Bundesministerium der Finanzen hat im Jahr 2005 ermittelt, dass dem Staat im Jahr 2001 59,9 Mrd. Euro Einnahmen entgangen wären, wenn man das Familiensplitting mit dem Divisor 1 pro Kind angewendet hätte.

Von diesem Modell profitieren Gutverdiener mit vielen Kindern am meisten. Die Berechnung des Bundesministeriums der Finanzen ergibt, dass eine Familie mit drei Kindern und einem Jahreseinkommen von etwa 250.000€ im Jahr 2001 um etwa 29.000€ entlastet worden wäre. Auch Alleinerziehende könnten von diesem System profitieren, da sie nun auch einen Splittingfaktor für ihre Kinder erhalten. Jedoch gilt bei ihnen der gleiche Grundsatz wie bei Ehepaaren, nur die Personen mit hohen Einkommen profitieren.

Wenig profitieren würden erneut Ehepaare mit Kindern und mäßigem bis geringem Einkommen. Die Berechnung des Ministeriums geht hier bei einer Familie mit einem Kind und einem Jahreseinkommen von 30.000€ von einer Entlastung von 1.900€ aus.

Das Familiensplitting wirkt daher wie ein ausgeweiteter Kinderfreibetrag: Wer ein hohes Einkommen hat, der hat die größten Steuervorteile.

Insbesondere in den unteren Einkommensbereichen entstehen allerdings keinerlei Wirkungen, da diese Haushalte ohnehin lediglich von der Kindergeldzahlung profitieren und steuerliche Maßnahmen aufgrund der insgesamt sehr niedrigen steuerlichen Belastungen keine Wirkung zeigen.

Auch führt das Familiensplitting nicht zu größeren Anreizen das Alleinverdienermodell aufzubrechen, da die gemeinsame Besteuerung der Einkommen der Ehepartner bestehen bleibt, d.h. Dass nach wie vor die Grenzsteuersätze des Zweitverdieners/ der Zweitverdienerin vom Einkommen des Ehepartners/ der Ehepartnerin abhängt. Es besteht also in diesem System – wie auch beim derzeitigen Ehegattensplitting – kein steuerlicher Anreiz. Einkommen aus Erwerbstätigkeit gleichmäßig unter den Eheleuten aufzuteilen.

Individualbesteuerung

Eine Individualbesteuerung bedeutet, dass für jede Partnerin/ jeden Partner die Einkommensteuer individuell ermittelt wird und es nicht zu einer Zusammenrechnung der Einkommen kommt. Somit entsteht kein Progressionsvorteil und der Grundfreibetrag kann auch nicht übertragen und von der anderen Partnerin/ dem anderen Partner mit genutzt werden.

Grundsätzlich wäre die Individualbesteuerung das zu bevorzugende Modell, da durch diese jede Person nach der individuellen Leistungsfähigkeit beurteilt werden würde und die Verschiebungseffekte des Ehegattensplittings wegfallen würden. Auch würde der Anreiz erhöht eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und mehr Arbeitsplätze im System zu schaffen.

Jedoch hat das Modell der Individualbesteuerung ein Problem. In Artikel 6 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) heißt es „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“ Dies wird bisher von der Rechtsprechung so ausgelegt, dass auch die Ehe im Steuerrecht besonders gefördert werden muss.

Eine Änderung des Artikels 6 GG ist jedoch nur schwerlich möglich. Somit wäre die Individualbesteuerung nur durchführbar, wenn die Rechtsprechung sich auf diesem Gebiet ändern würde.

Individualbesteuerung mit Grundfreibetragsübertragung

Wir Jusos fordern:

eine Individualbesteuerung mit der Übertragbarkeit des nicht ausgeschöpften Grundfreibetrags von derzeit 8.004€ auf die Partnerin/ den Partner. Diese Übertragungsmöglichkeiten blieben jedoch nur bis zu einem zu versteuernden Einkommen (alle Einnahmen abzüglich Werbungskosten, Sonderausgaben usw.) bis 100.000€ bestehen.

Dies gelte auch für:

- eingetragenen Partnerschaften (gleichgeschlechtliche Partnerschaften)
- nichtehelichen Lebensgemeinschaften, welche zusammen wohnen, und Unterhaltsverpflichtungen zu Kürzungen von Sozialleistungen führen würden
- Alleinerziehende
- die Übertragung des Grundfreibetrages eines Kindes auf die/den Erziehungsberechtigte/n. Sollten mehrere Personen (z.B. Mutter und Vater) erziehungsberechtigt oder unterhaltspflichtig für ein Kind sein, so würde der nicht ausgeschöpfte Grundfreibetrag zu gleichen Teilen auf diese Personen aufgeteilt.

Des Weiteren fordern wir die Abschaffung des Kinderfreibetrages.

Begründung:

Dieses Modell führt dazu, dass grundsätzlich die Vorteile der Individualbesteuerung bestehen bleiben, ohne dass es Probleme mit dem Artikel 6 GG gäbe, da durch die Übertragbarkeit des Grundfreibetrags eine Förderung der Familie, im weitesten Sinne, erreicht wäre.

Durch die Obergrenze würde dafür gesorgt, dass vor allem kleinere und mittlere Einkommen entlastet werden, nicht jedoch die hohen Einkommen, die diese Entlastung nicht benötigen.

Eine Förderung der Kinder und die Freistellung deren sächlichen Existenzminimums würde bereits durch die Übertragbarkeit des Grundfreibetrags auf die Erziehungsberechtigten erfolgen, daher ist der Kinderfreibetrag abzuschaffen.

Dieser führt bisher zu einer höheren Freistellung von Kindern deren Eltern ein hohes Einkommen haben, da der Kinderfreibetrag erst beim zu versteuernden Einkommen abgezogen wird und eine Verrechnung mit dem Kindergeld vorgenommen wird. Daraus resultiert, dass Familien mit geringem Einkommen nur das Kindergeld erhalten und Familien mit hohem Einkommen durch die Verrechnung eine höhere steuerliche Freistellung erhalten.

Antragsteller: Juso-Bezirk Braunschweig

U 1: CCS- und CCR verhindern einen nachhaltig orientierten ökologischen Fortschritt

Die SPD hat in Ihrer Regierungszeit den Weg weg vom Fossilen Zeitalter hin zum Zeitalter der erneuerbaren Energien eingeschlagen. Nun gilt es, diesen konsequent umzusetzen!

In den letzten Jahren hat die Klimaschutzdebatte um eine Senkung der weltweiten CO₂-Emissionen an Bedeutung gewonnen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die europaweit vereinbarte CO₂-Reduktion um 30 Prozent bis 2030 und eine weitere Reduktion um 60 bis 80 Prozent bis 2050 im Vergleich zum Referenzjahr 1990. Dies ist unserer Meinung nach alternativlos und notwendig.

In der aktuellen öffentlichen Debatte werden die Technologien von CCS (Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoffdioxid) sowie CCR (Abscheidung und Recycling, d.h. Wiederverwendung von Kohlenstoffdioxid) als Heilbringer für die CO₂-Reduktion gepriesen. Dennoch tragen sowohl die CCS- als auch die CCR-Technologie nicht zu einer Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen zur Energiegewinnung bei, sondern bestenfalls wird die Emission von CO₂ in die Atmosphäre verringert. Somit wird die Ursache des Problems, also die CO₂-Produktion bei der Energieerzeugung, durch das CCS- und CCR-Technologie nicht gelöst sondern verschleiert. Wir befürchten, dass das CCS- und CCR-Prinzip ein Hemmnis sein wird, die festgesteckten Ausbauziele für erneuerbare Energien zu erreichen.

Deshalb fordern wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten:

1. Wir JungsozialistInnen lehnen grundsätzlich die Abscheidung und Speicherung von CO₂ auf Basis des Prinzips der ökologischen Nachhaltigkeit ab. Eine CO₂-Abscheidung und -Speicherung wird die Ursachen des Problems nicht beheben sondern überdecken!

Wir begrüßen die Ablehnung des CCR- und CCS-Antrages der konservativ-liberalen Bundesregierung im Bundesrat und fordern deshalb alle SPD-Gliederungen auf, auch im zukünftigen Regierungshandeln, dieses Prinzip zu wahren.

Grundsätzlich muss es um ein Prinzip der CO₂-Vermeidung sowie der Steigerung der Energieeffizienz gehen und nicht darum, den hohen CO₂-Verbrauch durch Scheinlösungen zu verdecken.

2. Wir wollen keine Demonstrationsanlagen – und zwar bundesweit. Der im Bundesrat abgelehnte Gesetzesvorschlag bezog sich nicht auf klar abgrenzbare Demonstrationsvorhaben sondern ermöglicht de facto den großflächigen Einsatz der CCS- und CCR-Technologie. Für uns JungsozialistInnen sind die Risiken, die einerseits mit einer CCS- und CCR-Erprobung und andererseits mit dem großflächigen Einsatz (laut schwarz-gelbem Gesetz) verbunden sind, zu wenig erforscht und unzureichend kalkulierbar, was auch für die Testphase gilt. Beispielsweise ist die Haftungsfrage für Schäden an Grundeigentum und etwaige Einspruchsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften ungeklärt.

3. Für uns ist die Alternative längst klar: Neben der Steigerung der Energieeffizienz sowie einer Reduzierung des Energieverbrauchs müssen wir vermehrt in den Markt erneuerbarer und neuer Technologien investieren, um einen ökologischen, perspektivischen und sozial verträglichen Ausstieg aus dem atomaren und fossilen Zeitalter einzuleiten.

4. Wir bekennen uns klar zu unserem Industriestandort, der im Bereich der Forschung sowie im technologischen und industriellen Fortschritt bundesweit einen Spitzenwert einnimmt. Investitionen

in Innovationen im Bereich alternativer und ressourcensparender Produktionsprozesse sowie in die Energieeffizienzsteigerungen im Netz, bei der Energieerzeugung sowie bei Energieverbrauchern müssen getätigt werden, um eine CO₂-Vermeidung zu erwirken. Ein Förderschwerpunkt muss dabei bei energieintensiven Industriezweigen liegen. Gleichzeitig setzen wir auf eine Selbstverpflichtung von Industrie, Handwerk und Gewerbe, Konzepte zur Reduktion der CO₂-Emissionen einzusetzen.

5. Wir bekennen uns zu dem Ziel, die fossilen Energieträger durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Bundesweit wird etwa die Hälfte des Stroms aus Stein- oder Braunkohle gewonnen. Hierzu brauchen wir – wie bei der Atomkraft – perspektivisch eine verbindlich gesetzlich geregelte und ökologisch und ökonomisch vertretbare Restlaufzeit für die Verbrennung fossiler Rohstoffe – wie Stein- und Braunkohle sowie Erdöl und -gas – zur Energiegewinnung.

6. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Verbrennung fossiler Rohstoffe für einen Überbrückungszeitraum weiterhin unverzichtbar sein wird. Dennoch müssen in dieser Überbrückungszeit in Zukunft alle neuen genehmigten Stein- und Braunkohlekraftwerke in Kombination mit Kraft-Wärme-Kopplung gebaut sowie ältere Kraftwerke auf Kraft-Wärme-Kopplung umgerüstet werden, um den Wirkungsgrad dieser Technologie zu erhöhen.

Eine Neubau von Kraftwerken zum Ersatz von alten und ineffizienten Kraftwerken oder zur Abdeckung des Energiebedarfs in der Übergangszeit muss den höchsten Effizienzanforderungen entsprechen. Dafür sind auch hocheffiziente Gas- und Dampfkraftwerke in Kombination mit Kraft-Wärme-Kopplung geeignet.